

# Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.  
Postzeitungskarte Nr. 1944 a.  
Anzeigenpreis die 8gespaltene Petitzeile 40 Pfg.  
Telephon Nr. 585

Schriftleitung:  
Zuisburg, Seitenstraße 19.  
Schluß der Redaktion: Dienstag  
mittags 12 Uhr.  
Zuschriften, Abonnementbestellungen  
z. sind an die Geschäftsstelle Seiten-  
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

## Heimarbeit-Ausstellung in Berlin.

I.

In der alten Akademie, Unter den Linden, wird am 17. Januar eine Ausstellung von Erzeugnissen der Hausindustrie erfolgen, arrangiert von bürgerlichen Sozialpolitikern und den Arbeiterorganisationen.

Die Arbeiter der Hausindustrie sind mit geringen Ausnahmen die schlechtest gestellten unter der Arbeiterschaft, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse die verheerendsten und jämmerlichsten.

Treffend zeichnet Franke in der Soz. Praxis das Los der Heimarbeiter und der Heimarbeit wie folgt:

„Schon längst ist der romantische Schimmer, der einst die fleißige Heimarbeit der um den häuslichen Herd versammelten Familie umgab, vor den Tatsachen zerfallen — wenn er in Wirklichkeit jemals berechtigt war! Die längsten Arbeitszeiten, die niedrigsten Löhne, die größte Unsicherheit der Arbeitsbedingungen, die ungesundesten Wohnungsverhältnisse — das ist heute allgemein, von sehr wenigen günstiger gelagerten Ausnahmen abgesehen, die Signatur der Hausindustrie. Wohl sind die alten Haus Weber, die früher als Vertreter des härtesten Arbeiterlozes galten, nach langem qualvollen Todeskampf dem Aussterben nahe. Aber dafür sind Tugende von neuen Zweigen der Heimarbeit am Baum des modernen Wirtschaftslebens aufgeschossen, die nicht minder kümmerliche Früchte tragen. Ehemals waren es fast ausschließlich entlegene Ländstriche mit armen Böden, fern vom Verkehr, wo die Hausindustrie sich ansiedelte, namentlich im Gebirge. Und man konnte sagen, daß hier, wo eine rauhe Natur ihre Kinder nicht zu ernähren vermochte, durch die Heimarbeit wenigstens eine Zubrücke zum ärmlichsten Leben beschafft wurde. Heute aber sind neben diesen Schlupfwinkeln menschlicher Unterkunft die großen industriereichen Städte der Nährboden der modernen Hausindustrie. Hier wohnen sie, in den überfüllten Hintergebäuden dunkler Höfe, die Heimarbeiter; zusammengepfercht in die engsten Räume, wo das ganze Leben sich abspielt, Wohnen, Kochen, Essen, Arbeiten, Waschen, Schlafen, sitzen sie hier, Gesunde und Kranke, über die Arbeit gebückt, in atemloser Hast vom Morgenrauschen bis in die Nacht, kaum zum Essen und Ruhen sich Pausen gönnend. Hier zehn, fünfzehn Stunden Arbeit sind nichts Seltenes. Und der Lohn ist so niedrig, manchmal nur ein paar Mark in der Woche, daß es ein Geheimnis bleibt, wie Menschen dabei leben können. Aus diesen Heimarbeitstätten gehen mit den Erzeugnissen Krankheitskeime hinaus, die die Gesundheit der Konsumenten schwer bedrohen; liegen doch Kinder mit Diphtherie, Masern, Scharlach, arbeiten doch Jungen oder Geschlechtskranke mit den Gesunden in demselben Raume, wo Kleider und Wäsche genäht, Zigarren gewickelt, Federn und Blumen gefertigt, Papier- und Lederwaren hergestellt werden. Und wenn der Heimarbeiter sich selbst mit niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit begnügen muß, um nur das nackte Leben fristen zu können, so drückt er noch die Bedingungen für die Arbeiter in Fabrik und Werkstatt und macht, wider seinen Willen, meist ohne sein Wissen, die schlimmste Konkurrenz.“

Daß zum großen Teil jämmerliche Zustände in der Hausindustrie bestehen, leugnet niemand, der sich in ihr umgesehen hat. Menschenfreunde haben in guter Meinung, freilich oft mit verkehrter Wirkung, sich die Förderung der Heimarbeit angelegen sein lassen. Die Versuche einer Selbsthilfe durch gewerkschaftliche Organisation und Genossenschaftswesen stehen noch in den ersten Anfängen. Noch spär-

licher sind die Ansätze einer tarifmäßigen Regelung. Und die Gesetzgebung in Deutschland hat sich bisher um die Hausindustrie fast garnicht gekümmert. Denn die Bestimmungen von 1897 und 1902 bezüglich der Heimarbeit in der Großkonfektion sind kaum Tropfen auf einen heißen Stein gewesen, ebenso die Invalidenversicherung der Weber und Tacharbeiter, und was das Kinderschutzgesetz vermag, läßt sich heut noch nicht sagen. Ja es läßt sich sogar in manchen Gebieten der Hausindustrie nachweisen, daß der Fortgang des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung die Ausdehnung der Heimarbeit begünstigt hat. Aus der Fabrik, und der Werkstatt, wo die Versicherungsbeiträge zu zahlen, die Arbeitszeiten für Frauen und Jugendliche einzuhalten, die Kinder auszuschließen, die Auflagen der staatlichen Inspektion zu befolgen sind, gab der Arbeitgeber seine Aufträge in die Hütten und Hintergebäude, wo ohne Kosten für ihn die Hausindustrie in dem Nährboden der Not aufwucherte. Und ebenjowenig wie in der Heimarbeit die zur Wahrung der Gesundheit und Sittlichkeit der Fabrikarbeiter getroffenen Anordnungen des Staates beengten und finanziell belasteten, ebenjowenig hatte der Unternehmer den Widerstand der Gewerkschaften gegen eine Verschlechterung und den Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu befürchten. In jener Vereinzelung ist der Heimarbeiter wehrlos. Es ist ein schwerer Vorwurf gegen die deutsche Regierung, daß sie bis zur Stunde nahezu achtlos an dem in manchen Gebieten bis zur Gemeingefährlichkeit gediehenen Elend der Hausindustrie vorübergegangen ist. Und diese Anklage ist um so wichtiger, als in anderen Ländern, in Australien, manchen Staaten der nordamerikanischen Union, England, eine planvoll durchgeführte, wirksame Gesetzgebung zum Schutz der Heimarbeiter und der Abnehmer ihrer Waren besteht oder doch erfolgen wird.“

Auch unser Verband hat sich an der Ausstellung beteiligt und zwar Erzeugnisse aus der Solinger Messer- und Stahlindustrie, Uhrenindustrie aus dem badiischen Schwarzwald und der Metallindustrie des Maderener Bezirks, der Kurz- und Nadelindustrie. In letzterer Industrie werden vorwiegend Kinder beschäftigt, die für wenige Pfennige ihre schönen Jugendjahre opfern müssen, um frühzeitig dem Siechtum zu verfallen. Am günstigsten steht noch die Industrie des Solinger Bezirks, welches aber nur auf die straffe Organisation, die dort schon Jahrhunderte alt ist, und eine historische Vergangenheit hat, zurückzuführen ist.

Im Nachstehenden bringen wir eine gedrängte Darstellung über den Entwicklungsgang der Solinger Industrie, welche auch für unsere Kollegen von Interesse sein dürfte.

Solingen, im bergisch-märkischen Land gelegen, ist der Sitz uralter Eisenindustrie. Schon in grauer Vorzeit war dortselbst Eisenerz gehütet und Bergbau betrieben, wie zahlreiche verlassene Pingenzüge und Frischschladenhalden bezeugen.

Wenn auch aus den ältesten Zeiten keine Urkunden vorliegen, so reichen dieselben doch bis ins zwölfte Jahrhundert zurück, wo besonders die Industrie von Sensen und Futterklängen in voller Blüte stand und sich schon einen Namen erworben hatte.

Sensen, Scherter und Messer bildeten den Hauptindustriestweig und hatten sich die Solinger Scherter schon im 14. Jahrhundert berühmt gemacht. Seit dem 16. Jahrhundert kamen noch unzählige Arten von Kleinindustrien hinzu, wie: feinere Handwerkszeuge, Feilen, Sägen, Meißel, Bohrer, Schlittschuhe, Zangen, Schlösser, Winden usw.

Die Herstellung der blanken Waffen, Messer, Scherter etc., ist in ihrer Technik eine sehr komplizierte, die Bezeichnung der einzelnen Arbeiten nicht jedem verständlich, daß einiges darüber zu sagen nötig ist.

Der Stahl erhielt vom Schmied die Form und die Härtung; bei großen war noch ein Abhänger behilflich. Demnächst kommt die Klinge zur Schleifmühle zum Schleifen, Pliezen, und Polieren, die inneren Blätter zum Belegen mit Hesten und die Scheidewände der doppeltklingigen und der Zuschlagmesser wurden vom Erbschmied verfertigt. Die einfachen Stiele werden vom Hestemacher, die Heste aus fremdländischen Holz vom sogenannten Bodholzschneider zugeschnitten. Heste aus Eisenblech, Perlmutter etc. macht der Drechsler, Hornschalen der Hornpresser. Die Messingbänder für gröbere Waren, zinnere und silberne Beschläge, Rappen, Medaillons für feinere Messer, werden vom Händemacher hergestellt. Demnächst konnte erst die Zusammensetzung der Messer erfolgen.

Die Herstellung der Gabeln erfolgte in ähnlicher Weise.

Die Entstehung der Solinger Klingenschmiederei verliert sich ins Reich der Sage. Danach soll Graf Adolf vom Berg aus dem Kreuzzug mit Barbarossa einige Damaszener Waffenschmiede mitgebracht haben. Diese lebten in den während der türkischen Eroberung 1163, aus Armata, Bergamo, und Steiermark emigrierten Waffenschmieden als deren Gründer an. Das erste bekannte Privilegium erhielten die Scherterfeger und „Reider“ vom Grafen vom Berg im 14. Jahrhundert.

Die Betriebsform war die handwerksmäßige. Die Mehrzahl der Arbeiter bestand aus selbständigen Meistern und waren in drei Bruderschaften vereinigt und zwar: der Schwertschmiede (Priv. vom 24. Nov. 1472), der Härter und Schleifer (Priv. vom 9. März 1401) und der Scherterfeger und Reider (Priv. vom 9. März 1412). Von allen Produktionsprozessen sind das Schmieden, Härten und Schleifen die wichtigsten. Die Brüder der Schwertschmiede, Härter- und Schleifer-Bruderschaft mußten den Verbleibungsseid leisten. Sie durften nicht das Land verlassen, nicht das Geheimnis verraten, keinem anderen die Kunst lernen, als nur ihren eigenen Söhnen. Nur die Schleifer durften noch nächste Verwandte in die Kunst einführen.

Niemals konnte ein Schmied Schleifer oder ein Schleifer Feger werden. Außerdem war ein Eintrittsgeld zu entrichten, welches 18 rheinische Gulden betrug.

Mit dem Ende des 17. Jahrhunderts gelangte das erste Stadium der sozialökonomischen Entwicklung, welches bis dahin ein selbständig handwerksmäßiges war, in der Metallindustrie zum Abschluß. Es bildete sich mehr und mehr die hausindustrielle Betriebsart und damit das System der Lohnarbeit. Von da ab beginnt der Kampf zwischen Lohnarbeiter und Arbeitgeber.

Als Arbeitgeber hatten sich aus dem Handwerke drei Arten herausgebildet und zwar die privilegierten Kaufleute, hervorgegangen aus den Schwertschmiedemeistern und der Klasse der Fertigmacher, welchen es geglückt war, durch vorteilhafte Verkäufe sich ein Vermögen zu erwerben. Die zweite Gruppe bildete die unprivilegierten Kaufleute, welche fertige Messer kauften und drittens die Fertigmacher als die eigentlichen Produktionsleiter. Sie bildeten die Aristokratie des Handwerks und die Mittelstufe beim Aufstieg des gewöhnlichen Meisters zu der sozial und wirtschaftlich höchstehenden Klasse der Kaufmannschaft. Die Einrichtung einer Beschränkung der wöchentlichen Produktion, sowie das Verbot, mehr

als einen Knecht oder Jungen zu halten, hinderte vielfach den Einzelnen zum allmählichen Emporkommen. Die einzige Möglichkeit durch Streben vorwärts zu kommen, war: hausindustrieller Kaufmann zu werden. Dieselben kauften die Rohmaterialien ein und ließen sie gegen Lohn verarbeiten, setzten dann die Messer zusammen und verkauften dieselben.

Fertigmacher zu werden war das höchste Ziel eines Meisters, welcher damit in die Stellung des Kaufmanns heraufkroch.

### Die Stellung der Lohnarbeiter und die Entwicklung des Trucksystems.

In keinem anderen Bezirk hat letzteres jemals einen solchen Umfang angenommen wie in Solingen. Die Fertigmacher als Kaufleute, suchten auch ausländische Absatzgebiete, namentlich holländische Hafenstädte auf, um ihre Waren abzusetzen. Da dieselben aber gänzlich ungebildete Leute, ohne Kenntnisse des Lesens, Schreibens und Rechnens, ohne kaufmännische Erfahrung, ohne Kenntnis der Frachten, Zölle und Auflagen waren, pilgerten sie von Kontor zu Kontor. Der schlaue holländische Kaufmann hatte ihre Schwäche bald erkannt und mußte sie zu überlisten.

Unter dem Vorwande, keine Waren gebrauchen zu können, wurden die Handwerker nutzlos gemacht und verkauft zu jedem Preise, um die Ware loszuerwerbten. Nicht einmal Bargeld erhielten die Meister, sondern Tee, Tabak, Kaffee, Zucker, Del und dergleichen wurde ihnen zu teuren Preisen berechnet, überlassen. Mit solchen Waren im Ueberflusse beladen, kehrten die Fertigmacher in ihre Heimat zurück. Da sie kein Geld bekommen, auch kein besaßen, so wurden ihre Lohnarbeiter mit gleicher Ware ausbezahlt und diese mußten ihrerseits die Waren wieder mit Verlust an Handelsjuden abgeben um das Leben zu fristen. Außerdem mußte der Arbeiter noch von Messe zu Messe Kredit gewahren.

So entstand ein Trucksystem, welches schon in der Mitte des 18. Jahrhunderts fast den Ruin des Gewerbes herbeiführte, später durch Gesetz eingeschränkt wurde, aber wieder nach Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen in den Jahren 1824 bis 40, wo die Arbeiter völlig schutzlos waren, in geradezu schreckenerregender Weise ausartete.

Welche Verhältnisse das Trucksystem erzeugte, geht noch daraus hervor, daß den Arbeitern die Waren bis zu 50 Prozent teurer berechnet wurden. Nach A. Thun wurde z. B. ein Pfund Kaffee für 10 bis 12 Groschen berechnet. Der Arbeiter mußte es beim Bäcker wieder für 6½ Groschen losschlagen, um Brod zum Leben kaufen zu können.

Ein Kittelchen wurde angerechnet zu 25 Groschen, sonst kostete es 14. Ein Tuch 10 Groschen, kostete sonst 4½. Ellenwaren pro Ell: 85 Groschen, kostete sonst 40. Eine Partie Leinen zu 4½ Groschen, kostete sonst 2 Groschen.

Ähnlich war es mit dem Auszahlen bestellt.

So wurde ein Gabelmacher von den Jahren 1828 bis 1841, also in 13 Jahren, nur 13 mal in Geld ausbezahlt, in Summa von 228 Talern; dagegen 420 mal in Waren, im Betrag von 658 Talern. Von 18 Gabelmachern in den Jahren 1838 bis 41 erhielt kein einziger Geld, sondern wurden in Waren mit 500 Talern bezahlt.

14 Gabelmacher erhielten in drei Jahren einmal Barzahlung im Betrag von 3 Taler, dagegen 567 mal in Waren im Betrag von 264 Taler. Ähnlich so war es bei Schmieden, Schleifern usw.

In der elendesten Lage befanden sich zu dieser Zeit die Handwerker. Ein tüchtiger Arbeiter konnte täglich kaum einen Schilling oder höchstens 10 Stüber verdienen. (Ursprünglich 16 Schilling auf einen Reichstaler, nach 1815 78 auf einen preussischen Taler.)

Viele Arbeiter hatten kaum trockenes Brot, um ihr Leben zu fristen.

Derjenige Arbeiter, welcher Bargeld forderte, blieb ohne Beschäftigung. Auch die übrigen Kaufleute wendeten das Trucksystem an. Neben der Verkürzung des Lohnes hatte es auch eine Demoralisation der Konsumtionsgewohnheiten zur Folge. Das Trucksystem, unter welchem die Arbeiter so schwer gelitten, wurde endlich im Jahre 1849 verboten, nachdem das Volk, Landtag, Regierung, und König um Abänderung bekräftigt hatte.

Die Schleifer waren die ersten, welche mit den Gabelmachern dagegen Front machten. Im Jahre 1770 gelang es, einen Lohnjah zustande zu bringen. Die Kaufleute petitionierten dagegen, da sie beklagten, Schaden hierdurch zu erleiden.

Die Schleifer ihrerseits wandten sich am 22. Oktober 1774 an die Regierung mit der Klage, daß keiner von dem Lohne leben könnte. Es solle daher jeder Gabelmacher die Lohnzahlung beim Bogte unterschreiben. Das Vorgehen der Schleifer gab auch den andern Handwerkern Mut. Auch den Schmieden gelang es, ein Uebereinkommen zu erzielen. Im Jahre 1776 traten die Schleifer in Streik; sie verzweigten allen denjenigen die Arbeit, welche nicht die Löhne nach der Satzordnung vom 17. August 1759 bezahlten, sie unterstützten die Feiernden mit den Gelbern, welche sie in einer Kasse sammelten. Die Kaufleute wandten sich an die Regierung mit der Bitte, daß diejenigen Schleifer, welche nach dem übrigen Preise arbeiten wollten, von den Mitgenossen nicht zurückgehalten werden dürften. Die Regierung stellte sich auf Seiten der Kaufleute und hob den Streik am 15. März 1776 auf, bei 25 Thaler Strafe.

Am 16. April 1776 kam eine Einigung zustande, wonach die Löhne für Messer- und Gabelschmiede und Schleifer um 25 Prozent, teilweise sogar um 47 Prozent erhöht wurden. Der Lohn sollte monatlich berechnet und in Bargeld ausbezahlt werden. Bei Verdacht der Uebertretung dieser Ordnung sollte der Kauf- oder Handwerksmann vor Bogt und Rat sich durch körperlichen Eid reinigen oder eine Strafe von 14 Goldgulden bezahlen. In ähnlicher Weise wurde der Lohn der Reider unter dem 9. September 1776 vereinbart. Im weiteren Verlaufe entwickelte sich der Kampf der privilegierten Kaufleute gegen die aus dem Arbeiterstand hervorgegangenen unprivilegierten Kaufleute und verdrängte dieselben.

In der Messerindustrie lassen sich drei Phasen der sozialökonomischen Entwicklung unterscheiden.

Bis ins 17. Jahrhundert herrschte der handwerkemäßige Betrieb; die selbständigen Meister erkehrten sich der untüchtigen Konkurrenten und der Schwertbrüder und kämpften gegen die ihre Selbständigkeit bedrohende Arbeitsteilung an.

Im 18. Jahrhundert herrschte der hausindustrielle Betrieb, aber die Lohnarbeiter waren in den alten festgeschlossenen Zünften fest organisiert und kämpften mit Zähigkeit um den Preis ihrer Arbeit und dessen Auszahlung in Bargeld. Daher suchten die Arbeitgeber auch die Preise der Waren hochzuhalten und das erreichten sie, indem die mächtigste Gruppe der privilegierten Kaufleute die schwächeren unprivilegierten und die Fertigmacher ganz ausschloß vom Handel, wie im Jahre 1777, oder sie doch beschränkte, wie im Jahre 1789. Diese Modifikationen des Gewerbes trugen die Stempel einer festgefügten Arbeiterschaft, und einer kapitalkräftigen Export-Kaufmannschaft.

Im 19. Jahrhundert änderte sich das ganze Bild. Die Arbeiter sind völlig organisationslos, ihre Vereinigung für Erzwingung höherer Löhne ist verboten, unter den Arbeitgebern herrscht fessellose Konkurrenz. Erst in dem letzten Jahrzehnt ist es den Arbeitern gelungen, höhere Preise für ihre Arbeit zu erkämpfen durch ihre Organisation.

Die Arbeiterschaft, die bis dahin als eine Gruppe erschien mit gemeinsamen Interessen, unterschied sich ebenfalls in drei Gruppen und zwar: Die der größeren Meister mit Gehilfen, die der armen alleinarbeitenden Meister und die unprivilegierten Tagelöhner.

Mit der vorjchreitenden Arbeitsteilung wuchs die Anzahl der letzteren an und in der Mitte des 18. Jahrhunderts gab es schon eine ganze Reihe unselbständiger Berufe, wie Abhauer, Wortschläger, Buchholzschneider, Bändemacher usw., welche in ihrem Berufe als Tagelöhner verblieben. Die größeren Meister bedurften schon dieser, einer besseren Zukunft bereits beraubten Arbeiter, welche stets bei ihnen arbeiteten.

### Arbeitsverhältnisse der Neuzeit.

Einige Berufe wie Schwertarbeiter befinden sich infolge des Rückganges ihrer Industrie in sehr gedrückter Lage. Auch die Schmiede sind durch die massigen Einrichtungen zurückgegangen und heute fast nur noch in Fabriken beschäftigt. Die Feiler sind ebenfalls eine gering bezahlte Arbeiterklasse, desgleichen Härker und Reider. Nur die Schleifer sind noch eine gewisse selbständige Arbeiterklasse, die nicht den Fabrikarbeitern, sondern den Handwerkern nahe stehen. Dagegen ist diese Beschäftigung eine sehr ungesunde infolge der großen Staubentwicklung.

Die Schädlichkeit wird noch erhöht durch die Art des Schleiens im Bergischen Lande. Während

in England die Arbeiter über dem Schleifftein sitzen und der Staub mit dem herabgehenden Stein nach unten gezogen wird, steht hier der Schleifer vor dem Stein, lehnt sich mit dem Rücken gegen ein Brett und stemmt, den an den Knien angeknallten Kopf, an welchem die zu schleifende Klinge mit der Schneide befestigt ist, gegen den hinaufgehenden Schleiffstein, der ganze Staub treibt somit ins Gesicht. Die Haltung ist dabei gebückt, der Unterleib eingeklemmt, die Brust eingepreßt, die Schulterblätter treten hervor, die Arm- und Beinmuskeln haben starke Anspannungen zu leisten. Die Schleifer sind daher vielfach Lungenkrank. Daher die Sterblichkeit unter ihnen fast doppelt so groß als unter den übrigen Bevölkerungsschichten. Die Lungenschwinducht ist dreimal häufiger als bei den übrigen Arbeitern.

Trotzdem bilden die Schleifer als die Bestbezahlten, getrieffermäßen die Aristokraten unter den Arbeitern des Solinger Bezirks und haben die Führung der dortigen Arbeiter. Der alte Korpsgeist ist bei ihnen am besten erhalten geblieben, wie überhaupt die dortigen Arbeiter bis in die neueste Zeit hinein sich von den übrigen Arbeitern des Reichs isolierten und in eigenen lokalen Vereinigungen zusammenstanden.

### Die Entwicklung der Roheisenindustrie in Deutschland.

Kaum eine andere Industrie hat in Deutschland einen solchen Aufschwung zu verzeichnen, wie die Eisenindustrie in den letzten 35 Jahren. Andererseits ist auch keine Industrie zu verzeichnen, wo der Umfang und Größe der einzelnen Werke eine gleiche Entwicklung genommen.

Von den Jahren 1869 bis 1880 war zwar die Zahl der Werke bedeutend zurückgegangen und zwar von 203 auf 104, trotzdem aber hatte sich die Produktion um 100 Prozent gesteigert; und zwar steigerte sich die Produktion im Durchschnitt pro Werk von 6943 auf 19443 Tonnen oder fast um 300 Prozent.

In der folgenden Periode wurde diese Steigerung noch in rapiderer Weise überholt. Im Jahre 1900 war dieselbe auf 78895 Tonnen, welches einer Steigerung gegen das Jahr 69 um fast 1200 Proz. gleichkommt. Diese Steigerung hat auch in den folgenden Jahren sich weiter vollzogen.

Die nachstehenden Zahlen geben hierüber Aufschluß. Es wurde produziert:

Jahr	Produktion Tonnen	Zahl der Arbeiter	Produktion pro Kopf der beschäftigten Arbeiter
1895	5 464 501	24 059	227 Tn.
96	6 372 572	26 562	239 "
97	6 881 466	30 459	226 "
98	7 312 766	30 778	237 "
99	8 143 133	36 334	224 "
1900	8 520 540	34 743	245 "
01	7 880 087	32 367	243 "
02	8 529 810	32 399	259 "
03	10 017 901	35 361	283 "
04	10 058 273	35 284	285 "

Für 1905 ist die Produktion auf zirka 11 Mill. Tonnen zu schätzen. Mit dieser Erzeugungsmenge hat Deutschland die englische Eisenindustrie überholt. Wie die Tabelle ausweist, ist die Leistung pro Kopf der beschäftigten Arbeiter ganz erheblich gestiegen. Die Gesamtzahl der Arbeiter wuchs in dem Jahrzehnt nur um 47 Prozent, dagegen hob sich die Menge der Erzeugung um 84 Prozent. Diese Verschiebung in den Produktionsverhältnissen ist von großer Bedeutung bei Würdigung der Preisstellung. Die Steigerung der Leistung pro Kopf würde bei sonstigem Gleichbleiben der Gesehungskosten die Rentabilität der Werke auch bei unveränderten Preisen erhöht haben. Nach den sonst im Wirtschaftsleben wirkenden Kräften müßte der Preis des Roheisens gesunken sein, das Gegenteil trifft aber zu, die Preisurbe zeigt ganz enorme Ausbiegungen, aber die ganze Tendenz weist doch nach oben, wie nachfolgende Zusammenstellung illustriert. Es betragen nach den Oktobernotierungen die Handelspreise für:

Jahr	Roheisen	Kohlblöcke	Knüppel	Flußhabelsen	Träger
1886	37,50	—	73,00	—	—
1888	45,00	—	77,50	—	110,00
1890	50,00	—	90,00	—	125,00
1892	51,00	—	78,00	—	—

Jahr	Roheisen M.	Rohblöcke M.	Knüppel M.	Fluß- stabeisen M.	Erzeuger M.
1894	47,50	—	71,50	94,00	85,00
1896	56,00	81,00	90,00	126,00	102,00
1898	60,00	85,00	95,00	125,00	108,00
1900	90,20	100,00	110,00	170,00	140,00
1902	57,50	77,50	90,00	100,00	105,00
1903	57,50	77,50	90,00	107,50	105,00
1904	57,50	77,50	90,00	106,50	105,00
1905	60,15	77,50	90,00	112,00	105,00

Die Jahre 1898—1900 fallen mit ihren Rekordpreisen ganz aus dem Rahmen der sonst ziemlich gleichmäßigen Entwicklung nach oben. 10 Jahre vorher erreichten die Erzeugerpreise schon einmal eine nahe an den Rekordstand von 1900 heranreichende Höhe, sonst erzielte man mit Ausnahme bei Rohblöcken, überall in den letzten Jahren einen gegen früher ziemlich stark erhöhten Preisstand. Es stiegen also die Preise und die Produktion pro Kopf nahm zu. Die in den letzten Monaten gezahlten Preise gehen aber tatsächlich über die notierten Handelspreise, die wir einer Zusammenstellung in der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ entnehmen, weit hinaus. Es wurden z. B. gezahlt für Thomasroheisen 86—90,2 M., für Thomasknüppel 127—135 M., für Flußstabeisen 190 M., für Schweißstabeisen 215 M., für Rohblöcke 200 M. Hieraus ergibt sich, daß die Roheisenindustrie, wie das ja auch in den erzielten Gewinnen zum Ausdruck kommt, sich einer sehr günstigen Position erfreut.

Die Produktion an Rohmaterial und Halbzeug in Deutschland nahm stärker zu, als die Abnahmefähigkeit der inländischen verarbeitenden Industrie. Für die Ueberproduktion mußte ein Abflußland gefunden werden: ein entsprechender Export bei Ausfluß der Auslandskonkurrenz für den Innenmarkt. Das Mittel zur Erreichung dieses Zieles war ein hoher Zoll auf Roheisen. Die Krisis nach der Sturm- und Drangperiode Anfang der 70er Jahre, bot geeignete Gelegenheit.

Im Jahre 1873 waren im Hochofenbetriebe 28129 Personen beschäftigt, im Jahre 1878 aber nur noch 16202. Dazu kam die allgemeine Konjunkturbelebung. Aber diese hatte eine mit der Zeit immer stärker drückende Belastung durch Preissteigerung für Rohprodukte auszuhalten. Bei der Rohlenversorgung spielt die Frachfrage eine so große Rolle, daß im allgemeinen bis zu einer entsprechenden Entfernung jedes Kohlenbeckens über einen gewissen Bezirk als unbestrittenes Absatzgebiet herrscht. Aus diesem Grunde ist bei den geographischen Verhältnissen in der Kohlenindustrie Monopolisierung auch ohne Schutz Zoll möglich. In der Roheisenindustrie setzte die Verbandsbildung schon im Jahre 1873 ein. Die Folge davon waren hohe Inlandspreise bei niedriger Preisberechnung für das Ausland. Gegen Einfuhr war man durch den Zoll gesichert. Inlande stellten sich die Preise auf den Status des Weltmarktpreises plus Zoll und plus Frachtdifferenz, die sich aus der Lage des inländischen Marktes und des eventuell in Betracht kommenden ausländischen Konkurrenten ergab. Als später die Syndikats die „Regelung“ der Kohlen- und Roheisenpreise nach Maximen, bei denen Preisnachlaß eine unbekannte Größe bleibt, in die Hände nahmen, konnten die Roheisenherzeuger willig zahlen und die Steigerung mit entsprechendem Aufschlag ihren Abnehmern aufbürden.

Im Jahre 1897 betrug die Ausfuhr an Roheisen 1289866 Tonnen, im Jahre 1902 dagegen 5161651 Tonnen. Bei Halbzeug ging die Exportsteigerung in derselben Zeit von 397915 auf 6364261 Tonnen in die Höhe.

Von dem Versand des Stahlwerksverbandes im 2. und 3. Quartal vorigen Jahres entfallen auf das Ausland bei

Halbzeug	Eisenbahnmaterial	Formeisen
27,14%	31,76%	24,77%

Die Ausfuhr an Halbzeug ist also ganz erheblich, was durchaus nicht als ein sehr günstiges Zeichen für unsere Wirtschaftsverhältnisse betrachtet werden kann.

Diese Exportsteigerung auf Grund der angeführten Preispolitik unterband die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Verarbeitungsindustrie. Ohne die gesteigerte Ausfuhr an Rohmaterial und Halbzeug hätte die Verarbeitungsindustrie bei besseren Preisen erfolgreicher auf dem Auslandsmarkte konkurrieren können. Das ist in volkswirtschaftlicher Beziehung und vom Standpunkte des Arbeiters als Produzenten, eine unvorteilhafte Entwicklung. In den Rohprodukten und im Halbzeug werden hauptsächlich Materialwerte ausgeführt, während in den fertigen Produkten der Hauptanteil an den Verkauf-

preisen auf Arbeitslöhne entfällt. Die höhere Lohnquote bei den Erzeugnissen beansprucht natürlich auch ein entsprechend größeres Quantum von Arbeitskraft. Damit kommt man zu dem Ergebnis, daß die Forzierung der Hochproduktion auf Kosten der Weiterverarbeitung, die Arbeitsgelegenheit vermindert und dadurch das Lohnniveau ungünstig beeinflusst. Die Möglichkeit der Syndizierung in der Rohmaterial- und Halbzeugherzeugung war einer der treibenden Faktoren bei der in den letzten Jahren stark in die Erscheinung tretenden Bestrebung zur umfassenden Monopolisierung der ganzen Großindustrie, beginnend mit der Erzeugung, schließend mit der Lieferung fertiger Industrieerzeugnisse und elektrischer Energie an den Konsumenten.

Bei Neuregelung der Handelsverträge hätte auf diese Entwicklung Rücksicht genommen werden müssen. Der Roheisen Zoll mußte fallen, das wäre eine fruchtbringende Tat für die gesamte weiter verarbeitende Industrie gewesen. Die Vertreter der Großindustrie aber behaupteten, die Aufhebung des Eisenzolles bedeute den Ruin der deutschen Eisenindustrie. Das ist unrichtig. In einer statisch fundierten Versammlung der Aktionäre eines Eisenerwerkes begründete der Direktor die Anträge auf Errichtung eigener Hochofen und berechnete dabei den Gewinn pro Tonne Roheisen auf rund 17 Mark! Im Jahre 1903 waren in der Hochofenindustrie 35361 Personen beschäftigt, mit einer Tageslohnsumme von zirka 160000 Mark, während die Gesamtzahl der im Eisen- und Stahlgewerbe beschäftigten Personen sich über eine Million mit über tausend Millionen Mark Jahreslohn beziffert. Die Zahl der bei der Roheisenherzeugung beschäftigten Personen ist also gegenüber der Gesamtzahl der in der Eisenindustrie beschäftigten, von untergeordneter Bedeutung. Hier einige Angaben über die Rentabilität der Berg- und Hütten-, sowie der Eisenindustrie. Die in diesen Industrien bestehenden Aktiengesellschaften erzielten Reingewinne in Prozenten vom Aktienkapital:

Jahr	Bergwerks- und Hütten- Gesellschaften	Eisen- industrie
1870	9,24	5,19
1875	4,91	3,52
1880	4,50	5,50
1885	3,61	4,49
1890	17,85	9,10
1895	7,04	5,30
1896	9,11	7,46
1897	11,41	11,28
1898	11,71	12,23
1899	12,42	15,15
1900	18,87	13,91

Die Roheisenherzeugung liegt jetzt schon vorwiegend bei den gemischten Werken. Für diese würde ein Sinken des Roheisenpreises direkt überhaupt keinen Einfluß ausüben, sie verrechneten sich selbst nur andere Preise, ohne daß dadurch die Preise der Fabrikate beeinflusst würden. Werden in Deutschland die Roheisenpreise durch die Auslandskonkurrenz gedrückt, dann bleiben die reinen Werke gegenüber den gemischten Betrieben konkurrenzfähiger. Die Hochproduktion kann nicht mehr im Inlande Ueberpreise verlangen, um andererseits im Auslande billiger abzugeben. Das wäre von allgemein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten speziell im Interesse der Arbeitererschaft zu begrüßen.

Die immer weitere Konzentrierung der Eisenindustrie führt zu immer größerer Macht der Industriemagnaten, sowohl über die Marktverhältnisse als besonders gegenüber den Metallarbeitern. Ein Fabriksyndikalismus schlimmster Sorte sehen wir hier emporkriechen, demgegenüber die Arbeiter auf der Hut sein müssen, wenn sie nicht in ein schlimmeres Hörigkeitsverhältnis gelangen wollen, wie es in alter Zeit der Fall war.

Bestehen doch gerade auf den großen Eisen- und Stahlwerken vielerorts Vereinbarungen, daß ein abgelegter Arbeiter auf anderen Werken keine Beschäftigung erhält, ohne erst drei oder vier Monate außerhalb gearbeitet zu haben.

Damit hat man Zwingsburgen errichtet, die in ihrer Wirkung den alten Raubritterfesten alter Zeiten kaum nachstehen.

Hierdurch soll jede Bewegung der Arbeiter, auf Verbesserung ihrer Lage niedergehalten werden. Leider ist es bis jetzt fast überall gelungen. Auf den großen Hüttenwerken ist es noch möglich, die Arbeiter in Uniformen zu stecken, wie kürzlich noch aus dem Saargebiet gemeldet werden mußte. Es wird noch gewaltiger Opfer und moralischer Kraft seitens der Arbeiter bedürfen, um diese moderne Feudalherrschaft zu brechen.

## Zur Tarifbewegung.

Trotzdem das Wort Tarif für die Metallarbeiter zur Zeit fast nur eine problematische Bedeutung hat, indem die großen Riesenwerke bis jetzt jede Tarifvereinbarung über Lohn- und Arbeitsbedingungen ablehnen, ist es doch notwendig, über den Gang und Fortschritte der tariflichen Verhältnisse auf dem Laufenden zu bleiben.

In dem Maße die Organisationen der Metallarbeiter, Macht und Einfluß sich verschaffen, in dem Maße wird auch für die Metallarbeiter die Tariffrage spruchreif werden.

Zwar dürfen wir uns nicht verhehlen, daß ein Tarif in der so vielgestaltigen Metallindustrie ein sehr komplizierter Apparat wird, dessen Ausarbeitung viel praktische und technische Erfahrung erfordert. Vor allem müssen unsere Arbeiter sich bemühen, in den Apparat ihres Produktions- und Arbeitsprozesses sich zu vertiefen, die nötigen Kenntnisse anzueignen, damit sie später befähigt sind, ihren Rat und Mitarbeit zur Verfügung zu stellen.

Eine Zusammenstellung der bestehenden Tarife nebst zugehörigen Material brachte die diesjährige Verbandsversammlung der Gewerbevereine in Würzburg. Eine Arbeit der Fräulein Juntze, Herausgeberin der „Gewerblichen Triebensdokumente.“

Von den nachstehenden Tabellen zeigt die erste die geographische Verbreitung von 479 Tarifverträgen, welche sich auf 176 Städte erstrecken, in der zweiten Tabelle sind 643 Tarifverträge auf die einzelnen Berufe geordnet.

Es fielen Tarife auf:

Provinz	Tarife	Berufe	Tarife
Preußen	9	Sapern	30
Stadtkreis Berlin	25	Agz. Sachsen	51
Provinz Brandenburg	27	Mittelsachsen	16
Pommern	12	Sachsen	18
Polen	10	Sachsen	11
Sachsen	17	Weide Mecklenburg	8
Provinz Sachsen	37	Mitteldeutsch. Kleinraaten	29
Schleswig-Holstein	45	Freie Städte	41
Hannover	27	Elbst	2
Westfalen	6		212
Bayern	13	Dazu Preußen	266
Rheinland	38	Deutsches Reich	473

Preußen 266

Wie man sieht, entfallen von diesen 478 Verträgen allein auf Preußen und die Hansestädte 307, so daß nur 171 für das übrige Deutschland verbleiben. Die Zusammenstellung ergibt auf den ersten Blick, daß sich die Tarifverträge in Gegenden mit starker Gewerkschaftsorganisation konzentrieren (vgl. Berlin, Hansestädte usw.); merkwürdig ist dagegen, daß im Lande der stärksten Arbeiterbewegung, im Königreich Sachsen, die Zahl der Tarifverträge nur relativ gering ist. Dies zeigt, daß dort, wo die Kräfte der Arbeiter völlig von der politischen Bewegung (der Sozialdemokratie) absorbiert werden, diese praktische Alltagsarbeit zu kurz kommt.

Gewerbe	Zahl	Es enthalten Bestimmungen über								Beruf- Spez.-Bef.
		1	2	3	4	5	6	7	8	
Baugewerk. und Dachdecker	185	180	185	185	6	166	185	61	39	M.
Nahrungsm.	98	82	48	92	1	78	76	21	67	M. 70 M.
Deforation	77	73	53	72	13	73	71	24	59	M. 18 M.
Holz	71	60	27	62	37	68	56	16	41	M.
Bekleidung	71	66	28	57	59	51	36	30	50	M. 2 M.
Stein- u. Zon-bearb.	69	68	59	69	60	57	37	28	38	M. 21 M.
Transport	67	39	31	61	26	52	59	19	57	M. 2.
Metall	61	38	27	29	19	30	21	23	24	M. u. 2
Tiefbau	54	28	24	34	7	30	26	5	28	M. 7 M.
Graphische	28	28	10	23	15	22	23	9	12	S.

Die einzelnen Klassen folgen sich nach der absoluten Zahl der Tarifgemeinschaften, ohne Rücksicht auf den jeweiligen Ausdehnungsreis bei einzelnen Verträgen. Dieser Umstand erklärt, daß das nur örtliche Vereinbarungen aufweisende Baugewerk an erster, die graphische Berufsgruppe mit ihren nationalen Korporationsverträgen dagegen an letzter Stelle zu finden sind. Dem Baugewerk sind selbstverständlich neben den Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern auch die Dachdecker zugezählt, während die ihm verwandten und vielfach verwandten Nebenberufe, wie Baufeldmesser, Bauhilfsarbeiter usw., der Eigenart ihrer Arbeitsverhältnisse Rechnung tragend, der Metall- und Holzindustrie angeordnet sind. Die ebenfalls dem Baugewerk nachstehenden Berufe der Maler, Stuckateure und Tapezierer sind in Berücksichtigung ihres spezifischen Charakters als Handwerksberufe in eine besondere Gruppe zusammengefaßt. Auch die Arbeiter des Tiefbauwesens,

Steinzeiger, Hammer usw. sind selbstverständlich spezialisiert aufgeführt. Die „Stein- und Zementindustrie“ betitelt Gruppe umfasst die Steinarbeiter, Steinmetzen, Marmorarbeiter usw., sowie die Töpfer und zwar Ofenzeiger und Produzenten von Tonwaren. Wie die Tabelle zeigt, sind verschiedene der in ihr enthaltenen Verträge nicht unternehmerseitig unterzeichnet. Ihre Aufzählung rechtfertigt sich aber durch die Tatsache, daß es sich hier um Abmachungen handelt, welche faktisch von den einzelnen oder korporierten Arbeitgebern als verbindlich, wenn auch nur mündlich anerkannt sind. In mehreren Verträgen die Vertragsdauer, die Lohnhöhe usw. geregelt sind, ist in Sp. 4—8 angegeben. Sp. 9 teilt mit, in wie vielen Verträgen Uebervorschauungsinstanzen (Schlichtungskommissionen v. a.) eingesetzt sind. In Sp. 10 „Berufliche Spezialbestimmungen“ sind alle jene tariflichen Bestimmungen zusammengefaßt, welche der Regelung speziell berufseigentlicher Verhältnisse gelten. Bei dem Baugewerk und den ihm verwandten Berufen kommt hier in erster Linie die Vorschriften über die Extravergütung und Ausgabenschädigung bei auswärtigen Arbeiten in Betracht. Daneben sind von Wichtigkeit die Bestimmungen sanitären Charakters, sowie die Befristung der geschlichen resp. politischen Arbeiterschuttsbestimmungen durch Tarifbestimmungen. Diese sanitären Vorschriften sind unter „A“, die Ueberland- und Extrarbeitslohnzuschläge unter „B“ zusammengefaßt. In der Nahrungsmittelindustrie finden sich neben den Arbeiterschuttsbestimmungen (denen auch die Vergünstigungen der Brauer auf Grund von Paragraph 616 und die Freinachtsvorschriften der Bäcker zugezählt sind) noch Bestimmungen über Obst und Logis. Sie sind mit „R“ bezeichnet. In der Bekleidungsindustrie betrifft „W“ die Reinheit der Werkstätten usw., das Zeichen „Z“ bezeichnet die Bestimmungen über unternehmerseitige Lieferung resp. Entschädigung der seitens der Gehilfen gelieferten Zutaten, sowie die Regelung der Heimarbeit durch sie verteuernde Zuschläge oder sonstige sie regelnde Vorschriften. In Transportgewerbe kommen neben den Zulagen für Ueberlandarbeiten die Baukostenbestimmungen der Hafenarbeiter in Frage, bezeichnet mit „P“. Die Schlägertarife, welche sich nur auf Werkstattarbeit erstrecken und hochqualifizierten Arbeitern zugute kommen, enthalten Bestimmungen über das Lehrlingswesen, sowie Lehrlingslöhne usw., bezeichnet mit „L“.

Soweit die Metallarbeiter in Frage kommen, sind dieselben nur im Handwerk und Kleinbetrieb an den Tarifen beteiligt.

### an deutschen Arbeitsmarkt des letzten Jahres.

Das Angebot und die Nachfrage von Arbeitskräften ist der Barometer unseres Wirtschaftslebens. Vom Steigen und Fallen können die Arbeiter mit Sicherheit den jeweiligen Stand der Arbeitsgelegenheit und den jeweiligen Einfluss auf die Gestaltung der Lohnverhältnisse wahrnehmen. Besonders für den Gewerkschaftler ist es eine Notwendigkeit, den Arbeitsmarkt mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und daraus seine Schlüsse zu ziehen. Das abgelaufene Jahr kann bezüglich des Arbeitsmarktes als für die Arbeiter günstig bezeichnet werden. Es war im Monat September sogar die Zahl der Nachfrage größer als das Angebot. Nachstehende Tabelle veranschaulicht den Arbeitsmarkt in den letzten drei Jahren, soweit die offenen Arbeitsnachweiskstellen in Frage kommen. Es meldeten sich in Deutschland auf 100 offene Stellen Arbeitslose:

	1905	1904	1903
Januar	153,2	161,5	202,3
Februar	139,0	144,0	179,5
März	110,2	115,2	124,6
April	113,0	118,2	139,0
Mai	119,7	120,9	141,6
Juni	113,4	124,1	141,6
Juli	109,5	119,9	137,3
August	107,4	125,7	131,5
September	96,1	106,7	111,7
Oktober	112,2	130,9	139,3
November	132,8	157,9	174,0

Nach dem internationalen Arbeitsmarkt liegen Ausweise einseitig nur bis Oktober vor. Mit Ausnahme von Frankreich hatte die Weltwirtschaft in den Hauptstädten — Rußland natürlich außer Betracht gelassen — ebenfalls die Signatur fortgesetzter Besserung gegen die Vorjahre zu verzeichnen.

### Zur freiwilligen Weiterversicherung und Selbstversicherung für Alters- und Invalidenrente.

Aus der Versicherungspflicht ausgeschlossene Personen, für welche Beitragsmarken auf Grund der Versicherungspflicht verwendet worden sind, können sich weiter versichern, ganz gleichgültig, ob für sie die Voraussetzungen für den Eintritt in die Selbstversicherung gegeben sind oder nicht. Sie haben vor denjenigen, welche von Anfang an in die Selbstversicherung eingetreten sind, den Vorteil voraus, daß sie, sofern für sie mindestens 100 Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht entrichtet sind, bereits nach der Verwendung von 200 Beiträgen Invalidenrente erlangen können. Für diejenigen, welche nicht 100 Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht verwendet haben, hat die Weiterversicherung nur dann einen Zweck, wenn für sie die Bedingungen für den Eintritt in die Selbstversicherung liegen für solche Personen vor, die noch nicht 40 Jahre alt sind und entweder Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Handlungsgehilfen, sonstige Angestellte, Lehrer, Erzieher, Schiffsführer mit einem Lohn oder Gehalt von mehr als 2000 Mark aber nicht über 3000 Mark sind oder Gewerbetreibende oder sonstige Betriebsunternehmer sind, die nicht regelmäßig mehr als zwei versicherungspflichtige Lohnarbeiter beschäftigen oder als Hausgewerbetreibende ihr Brot verdienen oder endlich nur freien Unterhalt als Entgelt beziehen.

Bei freiwilliger Fortsetzung der Versicherung müssen die selben für die Inanspruchnahme ausgegebenen Quittungskarten weiter verwendet werden.

Bei freiwilliger Fortsetzung der Versicherung sind je zwei Jahre mindestens 20 Marken zu leisten; es läßt sich also, da 14 Pf.-Marken verwendet werden können, die Versicherung durch Zahlung von jährlich 1,40 Mark aufrecht erhalten. Selbstversicherer müssen das Doppelte, nämlich für je zwei Jahre mindestens 40 Marken geleistet haben, um einen Anspruch begründen zu können.

Diejenigen Altersrentenanwärter, welche im Laufe dieses Jahres ihr 70. Lebensjahr vollenden, haben an Beitragswochen mindestens nachzuweisen:

- als Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Dienstboten, Handlungsgehilfen, Betriebsbeamte 600—640 Beitragswochen,
- als Hausgewerbetreibende der Tabakfabrikation 560—600 Beitragswochen,
- als Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahre 1904 454 bis 494 Beitragswochen,
- als Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahre 1896 400 bis 440 Wochenbeiträge,
- als Lehrer, Lehrerinnen, Erzieher, Gesellschafterinnen, sonstige Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet und dergleichen, 240—280 Beitragswochen.

### Die Bergarbeiterlöhne im niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau 1892—1905.

Nach einer Zusammenstellung der in den Jahren 1892—1905 im Steinkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirks Dortmund beschäftigten Bergarbeiter und verdienten Arbeitslöhne, die auf Grund der veröffentlichten amtlichen Nachweise und der Verwaltungsberichte des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum in dem neben erschienenen ersten Teil des Jahresberichts der Handelskammer zu Essen gegeben ist, betrug die Zahl der Bergarbeiter im 3. Vierteljahre:

1897: 172 768	1900: 222 507	1903: 253 280
1898: 189 358	1901: 242 606	1904: 260 280
1899: 202 771	1902: 242 054	1905: 257 797

Die verdienten reinen Durchschnittslöhne (nach Abzug aller Arbeitskosten sowie der Knappschafts- und Invalidenversicherungsbeiträge) sämtlicher Arbeiter mit Ausschluß der festbesoldeten Beamten und Aufseher stellten sich im Steinkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirks Dortmund insgesamt im

Jahre	Stichtag 1905		
	I	II	III
1898	3,74	4,18	2,82
1900	3,99	3,94	4,01
1905	4,06	4,06	4,06

Im ersten Vierteljahr 1905 waren die Löhne unter dem Jahresdurchschnitt vom Jahre 1904 heruntergegangen, trotzdem die Parität für die beste war.

### Gut bezahlte Arbeit.

Es ist bekannt, daß die Herren Verwaltungsräte großer Aktiengesellschaften für ihre „aufreibende“ Arbeit fürstlich gelohnt werden.

Auch Banken gibt es, die ihre Direktoren mit 500 000 und mehr Mark bezahlen. Von den sonstigen Beamten sind es meistens die Botschafter oder Gesandten an fürstlichen Höfen, welche mehr eine repräsentative Rolle zu spielen haben, welche zu den Höchstbezahltesten gehören. So bezieht der Botschafter in London und Petersburg 150 000 Mk. und der Botschafter in Paris, Wien und Konstantinopel 120 000 Mark. Die Botschafter in Rom, Madrid und Washington erhalten je 100 000 Mk. Sämtliche Botschafter haben außerdem freie Dienstwohnung. Von den Gesandten sind am höchsten besoldet die in Peking, Teheran und Tokio, die je 60 000 Mark und Dienstwohnung haben. Der neue Gesandte, der nach Adis-Nebeba (Abyssinien) kommen soll, wird, „den Feuerungsverhältnissen“ entsprechend, wie die Statistiker sagen, 55 000 Mk. erhalten; eine Dienstwohnung kann ihm nicht gewährt werden. 58 000 Mk., ebenfalls ohne Dienstwohnung, erhält der Gesandte in Rio de Janeiro, 48 000 Mk. der Gesandte in Buenos Aires.

Von den anderen in Europa befindlichen Gesandten hat das höchste Gehalt der in Haag, der 43 000 Mk. und freie Dienstwohnung hat; dann folgen die Gesandten in Bukarest mit 42 000, in Athen, Brüssel und Lissabon mit 42 000 und in Christiania (neu), Kopenhagen, Stockholm, sowie die Ministerresidenten in Guatemala und Mexiko mit 40 000 Mk. Das geringste Gehalt haben von den Gesandten die in Bern mit 31 000 und in Tanger mit 30 000 Mk., von den Ministerresidenten, die in Cetinje mit Mk. 25 000 und in Luxemburg mit 24 000 Mark. Von den Botschaftssekretären erhalten das höchste Gehalt die ersten Sekretäre in Wien, Paris und Petersburg mit 16 500 und in London mit 17 400 Mk. Der Militärbevollmächtigte in Petersburg erhält zu seinem Gehalt 18 000 Mk. Zulage. Das Gehalt der Kanzleibehörden geht bis zu 11 400, das der Dragomans bis zu 15 000 Mk. Von den Generalkonsuln erhält das höchste Gehalt der in Newyork mit 48 000 Mk., dann folgten die in Batavia, Kallatto, London und Shanghai mit 40 000 und acht weitere mit 30 000 Mk. Am geringsten ist das Gehalt der Generalkonsuln in Christiania und Kopenhagen mit je 15 000 Mk. Von den Konsula hat das höchste Gehalt der in Pretoria mit 40 000 Mk., dann folgen die in Chikago und St. Franzisko mit 30 000 Mk. 25 Konsula haben je 24 000 Mk., 24 16 000 bis 21 000 Mk., 22 13 000 bis 20 000 Mk. Das geringste Gehalt von 12 000 Mk. haben die Konsule in Summe, Galatz, Jassy, Varna und Kustschuk. Pensionärberechtigten sind die Botschafter nur mit 20 000 Mk., die Gesandten mit 18 000 Mk., die Ministerresidenten mit durchschnittlich 10 850 Mk., die Generalkonsuln mit durchschnittlich 9350 Mk., die Konsula mit durchschnittlich 9350 Mk., die Konsula mit durchschnittlich 6250 Mark.

Der deutsche Reichskanzler bezieht 100 000 Mk. einschließlich 64 000 Mark Repräsentationskosten. Der alte Reichskanzler Bismarck, der Schöpfer des deutschen Reiches mußte mit 54 000 Mark fürlieb nehmen.

Trotz der hohen Summen, welche zum Teil für diese Posten bezahlt werden, können meistens nur sehr reiche Personen dazu verwendet werden, die in der Lage sind, große Summen von ihrem Privatvermögen zusetzen zu können. Ein Beweis, daß der Luxus und Aufwand ungeheuer ist, welcher in diesen Kreisen zur Entfaltung gebracht wird.

### Zur Fleischenerung.

Unlängst ging die Nachricht durch die Presse, als sei der höchste Stand der Fleischpreise überschritten und wäre eine rückläufige Bewegung zu verzeichnen. Ob dasselbe auf Wahrheit beruht oder nur von agrarischen Interessentkreisen hineingelassen wurde, ist noch zweifelhaft. Auf alle Fälle ist im Detailpreise noch nichts zu verspüren.

Die Statistik über Nahrungsmittelpreise der Stadt Berlin vom Monat November ergibt noch immer einen ganz außerordentlichen Unterschied zu Ungunsten des Steuerjahres 1905. Im Kleinhandel der Markthallen stieg vom November 1904 zum November 1905 der Durchschnittspreis für 1 Pfund Fleisch um 10 Proz., um 20 Proz., ja um 30 Proz., je nach Sorte und Qualität. Der Durchschnittspreis erhöhte sich: beim Rindfleisch und zwar für Filet, Keule oder Oberschale von 1,13 Mk. auf 1,47 Mk., für Schweinshack von 0,78 Mk. auf 0,89 Mk., für Brunt von 0,69 Mk. auf 0,78 Mk.,

für Bauch von 0,61 Mt. auf 0,70 Mt.; beim Rindfleisch und zwar für Keule oder Rücken von 0,81 Mt. auf 0,93 Mt., für Brust von 0,74 Mt. auf 0,87 Mt., für Schulterblatt oder Bauch von 0,68 Mt. auf 0,80 Mt.; beim Hammelfleisch und zwar für Keule oder Rücken von 0,76 Mt. auf 0,83 Mt., für Brust oder Bauch von 0,67 Mt. auf 0,75 Mt.; beim Schinefleisch und zwar für Rücken oder Rippenpfeiler von 0,78 Mt. auf 0,98 Mt., für Schinken von 0,69 Mt. auf 0,85 Mt., für Schulterblatt oder Bauch von 0,63 Mt. auf 0,82 Mt. Am ärgsten ist die Preissteigerung beim Schinefleisch; sie beträgt hier bis 30 Proz., z. B. beim Bauchfleisch. Die Teuerung des Schinefleisches wird von der unbedeutendsten Bevölkerung besonders drückend empfunden. Wenn das Pfund Schinebauch nicht mehr 60—65 Pfg., sondern 80—85 Pfg. kostet, so ist leicht auszurechnen, wie das auf den Haushalt einer Arbeiterfamilie einwirkt.

Eine Ergänzung zu den Tabellen über die Nahrungsmittelpreise sind die Zusammenstellungen über den Pferdefleischverbrauch, die das Statistische Amt allmonatlich veröffentlicht. Die Zunahme des Pferdefleischverbrauches, die sich schon im Winter 1905 bemerkbar machte, hat den ganzen Sommer und Herbst hindurch andauernd und scheint auch im Winter 1906 noch nicht zum Stillstand kommen zu sollen. Im Jahre 1905 sind Monat für Monat um 20 bis 25 Proz. mehr Pferde geschlachtet und verbraucht worden als in denselben Monaten des Jahres 1904. Auch der November zeigte wieder diese Erscheinung. Zum Konsum gelangten diesmal 1257 Pferde, während im vorhergehenden Jahr in demselben Monat nur 1068 Pferde zum Konsum gelangt waren. Vom Februar bis zum November 1905 wurden 10647 Pferde (einschließlich 4 Esel) verbraucht, während in demselben Zeitraum des Jahres 1904 nur 3813 Pferde verbraucht worden waren.

Wie die Fleischteuerung wirkt, das zeigen diese Zahlen.

### Zur Getreide-Ein- und Ausfuhr in Deutschland.

Die nachstehende Statistik des statistischen Amtes zeigt den Getreidehandel in Deutschland in Doppelzentnern gerechnet.

	Gesamt-Einfuhr		
	1. August bis 31. Dezember		
	1905	1904	1903
Weizen . . .	13 026 189	9 931 089	19 087 741
Roggen . . .	3 786 368	1 866 051	2 926 363
Hafer . . .	5 944 760	2 766 941	2 145 215
Gerste . . .	9 771 573	7 598 625	9 365 977
Mais . . .	8 960 617	3 363 323	5 010 681
Weizenmehl .	124 370	102 387	137 863
Roggenmehl .	9 576	6 862	8 875

  

	Gesamt-Ausfuhr		
	1. August bis 31. Dezember		
	1905	1904	1903
Weizen . . .	1 430 314	1 916 960	1 675 337
Roggen . . .	788 393	2 087 579	1 125 464
Hafer . . .	623 167	1 124 468	685 394
Gerste . . .	169 746	271 228	386 101
Mais . . .	180 874	221 720	160 425
Weizenmehl .	343 657	350 978	159 504
Roggenmehl .	440 871	579 768	408 429

### Zum Vorwärtskonflikt

hat die Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands erklärt in einem Schlusssatz, sie beharre in Sachen des „Vorwärts“-Konfliktes auf ihrer Auffassung, die auffallender Weise selbst in Gewerkschaftstreifen Widerspruch erweckt habe, obwohl sie lediglich gewerkschaftliche Grundsätze vertreten habe. „Das wird uns aber nicht hindern“, fährt die Erklärung fort, „auch künftighin ebenso sachlich wie bestimmt die Integrität der gewerkschaftlichen Grundsätze, selbst gegenüber Parteiinstanzen, zu verteidigen.“ — Somit bleibt endgültig die gegenwärtige Redaktion des „Vorwärts“ durch die maßgebende „freie“ gewerkschaftliche Instanz als Streikbrecher gebrandmarkt.

Das wird aber dieselbe Vorwärts- und sonstige sozialdemokratische Parteiredaktionen nicht hindern, zu jeder Zeit die christlichen Gewerkschaften als Streikbrecher zu beschimpfen. Es muß mit dieser sogenannten Arbeiterpartei schon weit hergah gekommen sein, daß offiziell von parteiwegen die Streikbrecher an der ersten Parteistelle gesucht werden.

Darüber hinaus der Vorwärts stolz über eine Auflage von 100 000 Abonnenten berichten. Welches Geschrei entstände im sozialdemokratischen Pressekreise, wenn bei den christlichen Arbeitern solche Dinge zu verzeichnen wären.

### Der Wert der deutschen Handelsflotte

ist im letzten Jahrzehnt von 327 Millionen Mark auf 810 Millionen Mark gestiegen. In der gleichen Zeit hat sich die Tonnage von 1 387 000 Netto-Registertonnen auf 2 353 000 Netto-Registertonnen vermehrt. Während also der unter deutscher Handelsflagge fahrende Schiffsraum um nahezu 70 Proz. gewachsen ist, hat sich der Wert um mehr als das Zweieinhalbfache, um rund 150 Proz. gesteigert.

Die Konzentration zum Großbetriebe ist innerhalb der beiden letzten Dezennien in der deutschen Reederei besonders stark hervorgetreten, stärker als in der Reederei irgend eines anderen Schiffahrtzweiges. Sie hat die beiden großen Schiffahrtsgesellschaften, die Hamburg-Amerika-Linie und den Norddeutschen Lloyd, schnell an die Spitze aller Schiffahrtsgesellschaften der Welt getragen und ihnen ihre jetzige Bedeutung verliehen.

Ueber eine Nettotonnage von mehr als 100 000 Registertonnen verfügten 1905 drei Reedereien: die beiden oben genannten und die deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Hansa in Bremen. Diese drei Gesellschaften besaßen an Ozandampfern und sonstigen Fahrzeugen insgesamt 800 000 Netto-Registertonnen. Ihnen folgten mit einem Schiffsparc von je 50 000 bis 100 000 Nettotonnen vier Gesellschaften (Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft, Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Kosmos, Deutsch-Australische Dampfschiffahrtsgesellschaft und die Woermann-Linie, sämtlich in Hamburg); die zusammen über eine Flotte von 289 000 Nettotonnen geboten. Im Besitze dieser sieben größten Gesellschaften besaßen sich danach 60 Proz. der gesamten deutschen Handels-Dampferflotte. Weniger als 50 000 Tonnen hatten 146 Aktiengesellschaften, 28 Gesellschaften m. b. H. und 951 Einzelreeder, die insgesamt an Dampfern 756 000 Tonnen, an Seglern 536 000 Tonnen und an sonstigen Fahrzeugen 53 000 Tonnen schwimmen ließen.

Aktienkapital und Obligationen der drei erstgenannten Großbetriebe beliefen sich auf 320 Millionen Mark, das sind beinahe drei Viertel (72,5 Proz.) des gesamten Kapitals der Reederei-Aktiengesellschaften.

An diesen Zahlen schon läßt sich die Bedeutung des deutschen Handels erkennen. Auch hier zeigt sich mehr und mehr eine Monopolisierung.

### Ein ungetreuer Gewerkschaftsbeamter.

Aus Pforzheim ist seit der Neujahrnacht der Vorstand und Kassierer des Ortsvereins des sozialdemokratischen Maurerverbandes, Maurer Joh. Willh. Aug. Neupf, verschwunden. In seiner Kasse sollen über 1000 Mark fehlen; außerdem hat er die Einnahmen aus der Silvesterfeier der sozialdemokratischen Partei, die auf über 500 Mt. geschätzt sind, an sich genommen. Ueber seinen Verbleib fehlt jeder Anhalt.

### Sozialer Ausbildungskursus.

Die soziale Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland wird auch in diesem Jahre einen sozialen Ausbildungskursus in Dresden abhalten und zwar vom 30. April bis 28. Mai. Das vorliegende Programm umfaßt:

1. Der Arbeiter im Deutschen Reich. Der Arbeiterstand, Arbeitsvertrag und Arbeitsordnung, Entwicklungsstufen der Arbeitsverfassung, Arbeiterkammern, Gewerkschaften, öffentliche Rechts-Ausschüsse, die gewerbliche Ausbildung von Arbeitern, Wohlfahrts-Einrichtungen für Arbeiter, Wohnungsfrage.
2. Die Arbeiter-Gesetzgebung im Deutschen Reich. Allgemeiner Ueberblick über den Stand der Arbeiterversicherung, Krankenversicherung, Gewerbeinspektion, Gewerbehygiene, Arbeiterschutz für Jugendliche, für Frauen, Arbeitslohn, Arbeitszeit.
3. Die Wirtschaftspolitik im Deutschen Reich. Volkswirtschaftliche Grundbegriffe, Ueberproduktion, Grundfragen der deutschen Wirtschaftspolitik, die heutige Lage des Handwerks, Organisation des Handels, Charakter der Großindustrie, Epochen der deutschen Handelspolitik.
4. Staats- und Verfassungsfragen. Die deutsche Stadtgemeinde, der deutsche Staat, das Deutsche Reich und seine wichtigen Organe, Wesen und Zweck des Staates.

Folgende Herren haben sich bereit erklärt, als Dozenten mitzuwirken; Landrichter Böhm, Schriftsteller Corben, Prof. Dr. Gäbe, Landgerichtsrat Rulmann, Dr. Schäfers, Schulz, Leiter der Leipziger Rechtsauskunftsstelle, Prof. Dr. Wuttke, Dr. Ottomar Thiele, Ingenieur Anton, Gewerbeassistent

Beier, Regierungsrat an der Landesversicherungsanstalt, Regierungsrat Hübler, Kunze, technischer Aufsichtsbeamter der sächs. Holzberufsgenossenschaft, Dr. Mammen, Dozent der Forstwissenschaften, Dr. Schneider, Assistent an der Handelskammer, Dr. Wänig, Professor zu Halle, Dr. Wöttger, Dozent, Stadtrat Dr. Heinze, Regierungsrat Dr. Dertel, Regierungsrat Prof. Schanze.

Anfragen sind zu richten an die Soziale Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland, Berlin N. 31, Berolinastrasse 1. Anmeldungen zur Teilnahme möglichst bald und direkt an Herrn Pastor Winter oder Herrn Lic. Weber, M. Glabbach.

### Der christliche Textilarbeiter-Verband

gibt seit Beginn dieses Jahres sein Verbandsorgan im vergrößerten Format und unter dem neuen Titel: „Textilarbeiterzeitung“ heraus. Wie im Leitartikel der ersten Nummer in einem Rückblick auf die Entwicklung des Verbandsorgans mitgeteilt wird, hat der Verband im allgemeinen sich günstig entwickelt. Mit rund 27 000 Mitgliedern ist er in's neue Jahr hineingetreten. Das Verbandsorgan erscheint in einer Auflage von 32 000 Exemplaren.

Metallarbeiter, bald ist's an der Zeit, daß wir im edlen Wettstreit den Bruderverband der Textilarbeiter und Arbeiterinnen gleichkommen. Deshalb auf zur Tat.

Der christliche Textilarbeiterverband hat in letzter Zeit mit einer intensiven allgemeinen Hausagitation eingesezt und gute Erfolge hierbei erzielt. Alle Ortsgruppen haben namhaften Zuwachs erhalten. Auch unsere Kollegen seien hiermit aufgefordert, die Hausagitation planmäßiger und intensiver zu gestalten. Besonders die Bezirksleiter mögen innerhalb ihres Bezirkes dahin wirken und ihren Ortsvorständen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Gerade jetzt, wo in unserm Verbands das Mutterstufungswesen so umfangreich ausgestaltet wurde, ist hierzu die beste Gelegenheit. Flugblätter, welche sich zur Hausagitation eignen, können von der Zentrale in jeder Anzahl bezogen werden.

Deshalb, auf Kollegen zur Hausagitation; mag hierin eine Ortsgruppe die andere im Eifer und Erfolg zu überbieten suchen.

### Staatlicher Zuschuß zur Arbeitslosen-Unterstützung

Soll in Nürnberg den Arbeiterorganisationen gewährt werden. Ein von der Regierung eingesetzter Ausschuß hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, wonach der Staat ein Drittel der Kosten übernehmen soll. Unorganisierte sollen auch an der Sache teilnehmen können, sind jedoch von der Verwaltung ausgeschlossen und können auch zur Bestreitung der Verwaltungskosten mit 10—15 Proz. Beitragserhöhung herangezogen werden. Die Beiträge zum Arbeitslosen-Unterstützungsfonds werden dort nämlich gesondert bezahlt. Diese Einrichtung ist ähnlich wie das Center System, wo jedoch der Zuschuß, der von der Stadt gewährt wird, nicht so hoch ist.

Die Einführung einer ähnlichen Arbeitslosen-Unterstützung hat man in München seitens der Stadt versucht. Die schon einige Jahre sich hinziehenden Versuche haben leider bis jetzt noch kein praktisches Resultat ergeben.

### Die Generalausperrung in der schwedischen Metallindustrie.

an der 17 000 Arbeiter beteiligt waren und die vom 10. Juni bis 9. November 1905 gedauert hat, also beinahe ein halbes Jahr, hat an Unterstützungen allein 2¼ Millionen Mark gekostet. Wie die Soz. Praxis mitteilt, haben vom Ausland nur die dänischen und norwegischen Arbeiter nach Kräften zum Kampffonds der schwedischen Kollegen beigetragen, alle übrigen nur verschwindend wenig. Der Kampf hat mit einem Vertrag zwischen Unternehmer und Arbeiterorganisation geendet und den Arbeitern die Festsetzung des Minimallohnes gebracht. In Deutschland sind die Metallarbeiter noch nicht so weit.

### Die Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

die in der Thronrede bei Eröffnung des Reichstages angekündigt wurde, ist jedoch bis jetzt dem Reichstag noch nicht vorgelegt worden, trotzdem wie die Tagespresse zu berichten weiß, die schon seit sieben Wochen fertig sei. Ob der Entwurf derart beschaffen ist, daß sich die Regierung scheut, mit demselben heranzurücken? Das sollte man es

unabhängigkeit, wenn die unläufigen Gerüchte in einem den Tatsachen entsprechen.

Den betreffenden Berichten gemäß wird ein Gesetz über die Anerkennung der Berufsvereine zunächst eine vermögensrechtliche Regelung bringen. Aber wie aus manchen Anekdotten hervorgeht, wird die Regierung sich weiter bemühen, auch noch andere Zwecke zu verfolgen, als da sind: Regelung der Schadenersatzpflicht bei Berufsvereinen, Eingreifen in die Streiks- und Aussperrungsfreiheit, Schutz der Arbeitswilligen, Beschränkung der Bewegungsfreiheit, Kontrolle über Mitgliederstand, Geschäftsführung und Vermögensverwaltung.

Wenn das der Fall ist, werden die deutschen organisierten Arbeiter wie ein Mann Front dagegen machen. Das Zögern der Regierung wäre dann allerdings auch erklärlich. Vorzüglich noch erklärte Graf Windomsky im Reichstag, daß der alte Geist kleinlicher Polizeidiktaturen einen Teil der Schuld am Auswachsen der Sozialdemokratie trüge. Eine Regierungsvorlage im oben angedeuteten Sinne über die Berufsvereine würde nicht kleinliche, sondern große Polizeidiktaturen im Gefolge haben und nur Sozialisten züchten helfen. Vorläufig bleibt die Bestätigung dieser Gerüchte abzuwarten. Sind sie nicht den Tatsachen entsprechend, so wird die Regierung mit der baldigen Veröffentlichung des Gesetzentwurfs jede weitere Beunruhigung in der Arbeiterschaft hintenanhaltend können.

Wenn übrigens, was wir allerdings für ausgeschlossen halten, die Sehnsucht der Scharfmacher erfüllt und die Arbeiterorganisationen für Streiks haftbar gemacht würden, müßten doch selbstverständlich auch die Arbeitgeber-Verbände für die Schäden durch Aussperrungen vermögensrechtlich herangezogen werden. Auf welcher Seite dann die Schadenersatzrechnungen am höchsten würden, sei noch dahingestellt; im Jahre 1905 wurden ganz sicher die Unternehmer-Verbände am meisten belastet worden sein. Die Scharfmacher in den Arbeitgeber-Organisationen sollten deshalb nicht mit dem Feuer spielen, um sich die Hände nicht zu verbrennen. Die Zeiten sind vorüber, wo gegen die Arbeiterorganisationen Ausnahme Gesetze gemacht wurden; was für die Berufsvereine gesetzlich festgelegt wird, muß so wohl für Arbeitgeber- wie Arbeitnehmer-Verbände maßgebend sein.

### Ein sozialdemokratisches Denunziantenstückchen

Haben sich die Genossen in Kollernvor (Bayern) geleistet. Als alle Mittel, die dort auflühenden christlichen Verbände zu unterdrücken, nichts helfen wollten, schrieben die führenden Genossen im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband an die Direktion der Baumwollspinnerei einen Brief, daß die Christlichen am 2. Januar in den Streik treten wollten. Halt, dachten sie sich dabei, jetzt werden die „Schwarzen“ aber alle aus der Fabrik hinausfliegen. Doch die Direktion war vorsichtig und ehrlich. Sie untersuchte zuerst die Sache, die sich natürlich als eine blanke Erfindung und gemeine Denunziation herausstellte. Und die verhafteten Christlichen blieben, die Herren Genossen aber stehen als entlarvte Judassen und Arbeiterbetrüger da. Sonst hört man's immer aus roten Kreisen: die Christlichen hätten keinen Mut und auch kein Geld zum streiken, wo es ihnen aber paßt, können sie es auch umgekehrt, wie vorliegendes Gelbenstück beweist.

### „Wir verhandeln nicht“

So erklärte Herr Rindorf in Mannheim und später noch in Köln und an diesem Standpunkt halten auch die Scharfmacher in den Arbeitgeberverbänden fest, trotzdem die deutsche Arbeitgeber-Zeitung aus „tatsächlichen Gründen“ für ein Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen eingetreten ist. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat sich in mehreren Sitzungen eingehend mit der Verhandlungsfähigkeit beschäftigt und das Resultat der Beratungen in einem Rundschreiben an die Bezirksverbände bekannt gegeben.

Demnach sind starke Meinungsverschiedenheiten vorhanden, die man als gleichberechtigt ansehen und es daher den Bezirksverbänden überlassen will, ob und in welcher Form sie unterhandeln wollen. So denn sollen innerhalb des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller Erhebungen veranstaltet werden, in wie vielen Fällen und in welcher Form im Jahre 1905 mit den Arbeitern verhandelt wurde. Auf die „Form“ kommt es den Industriellen besonders an und wird darüber ein ausführlicher Lagebericht erbeten. Diese Berichte sollen in Zukunft alljährlich erneuert werden.

Wir sind der Überzeugung, daß die immer mehr erstarkenden Arbeiterorganisationen auch die prozigsten Scharfmacher in der Verhandlungsfähigkeit schon zu einer andern Anschauung zwingen werden.

### Sozialdemokratisches Schulbekenntnis

Der Kampf in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie hat, wie wir schon berichteten, mit einer schweren Niederlage der Arbeiter geendet. Dies haben die Arbeiter und Arbeiterinnen den sozialdemokratischen Führern zu verdanken, die wie immer, zuerst die Arbeiter mit hochtönenden Phrasen in den Kampf hegen und nachher wie die begossenen Pudel da stehen, wenn die Arbeiter einsehen, daß sie die Belagerten und Betrogenen sind. So war's bei der Metallarbeiteraussperrung in Bayern und Berlin und so ist's auch hier wieder gewesen.

Selbst die in Greiz erscheinende sozialdemokratische „Neuzeitliche Volkszeitung“ muß dies in ihrer Nr. 276 vom 1. Dezember zugeben. Das Blatt schreibt:

„Es wäre verkehrt, die Tatsachen verschleiern oder beschönigen zu wollen. Die Textilarbeiter haben eine Niederlage erlitten, wie wir hier noch keine zu verzeichnen haben.“

Das schlimmste sei, daß die Arbeiter mit gewöhnlichem Mut und Hoffnungslosigkeit in die Fabriken zurückgekehrt seien und das Vertrauen zur Organisation vollständig verloren hätten. Ueber die Ursachen der schweren Niederlage will das sozialdemokratische Blatt nicht mit der Verbandsleitung (sozialdemokratischer Textilarbeiterverband) rechten; nach dem Kampf sei leicht Kritik üben. Dann heißt es wörtlich:

„Was aber als größter Fehler anzurechnen ist, das ist die Unwahrhaftigkeit, mit der man die Arbeiterschaft behandelt hat, insofern, als man sie in den Glauben versetzt und diesen Glauben auch in der letzten Stunde noch nicht zerstört hat, daß die gesamte deutsche Arbeiterschaft hinter den Kämpfenden steht. Und noch dazu, trotzdem man an maßgebender Stelle schon ganz genau wußte, daß der Kampf abgebrochen werden mußte, weil die Unterstützung absolut nicht gesichert war.“

Wichtig ist's, daß diese arbeiterverräterische Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hier auch einmal von einem roten Blatt festgestellt wird. Wenn endlich werden die Arbeiter es überall selbst einsehen, daß sie von diesen Leuten im „Interesse der Partei“ fortwährend belogen und betrogen werden.

### Der christliche Holzarbeiter-Verband

war im Jahre 1905, wie dem Jahresrückblick im Verbandsorgan zu entnehmen ist, an 100 Lohnbewegungen und Streiks beteiligt und hat insgesamt 60 000 Mark als Unterstützung für diese Zwecke verwandt. Auch die Entwicklung des Verbandes ist eine günstige gewesen. Die Zahl der Ortsgruppen ist von 176 zu Beginn des Jahres auf 227 am Jahresabschluss, also um 51 gestiegen. Dabei wird bemerkt, daß die Erfolge noch größer sein könnten, wenn alle Mitglieder stets ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hätten. Das dürfte jedenfalls auch in den anderen Verbänden, so auch im christlichen Metallarbeiterverband zutreffen.

### Ein offenes Geständnis

legt der „Grundstein“ noch einmal über die „hehrste Aufgabe“ der freien Gewerkschaften ab. In einer Polemik mit der „Streikbrecher“-Redaktion des Vorwärts schreibt er unter dem vielsagenden Titel: „Der Vorwärts verleumdete“, folgendes:

Der Vorwärts leistet sich in dem Satz, „der Grundstein legt die Gege gegen die Partei fort“, eine so starke Beschimpfung gegen uns, wie sie selbst unsere niederträchtigsten Gegner bisher nicht vorgebracht haben. Noch niemals seit dem Bestehen des Grundstein ist es seiner Redaktion oder einem seiner Mitarbeiter eingefallen, gegen die sozialdemokratische Partei zu hegen. Das wäre eben eine völlige Unmöglichkeit gewesen, da wir uns immer als ein Glied der Partei betrachtet haben. Der Grundstein hat immer seine Kräfte in den Dienst der Partei gestellt und es als seine hehrste Aufgabe empfunden, seine Leser zu überzeugten Sozialdemokraten zu erziehen. Und daran arbeiten wir unentwegt weiter, trotz Anfeindungen von links und rechts.

### Sozialdemokratische Brüderlichkeit

hat ein armer, hungriger und verführerischer Handwerkerbursche in Köln am 7. Dez. 1905 erfahren können. Im „Freien Arbeiter“ (sozialdemokratisch) wird darüber berichtet:

„Kommt da am Perlengraben ein zugereister Handwerkerbursche mit einem Zettel in der Hand und fragt mich um Bescheid. Ich gehe mit dem Mann in eine Wirtschaft und lasse mir sein Verbandsbuch zeigen. Der Mann hatte zwei Bücher: ein deutsches und ein französisches. Sein Name war Zwanzig; er hatte sieben Monate in Paris gearbeitet, beide Bücher waren tadellos in Ordnung, ihr Inhaber hatte seiner Organisationspflicht im In- und Auslande vollständig genügt. Er war in Herbsthal über die Grenze geschüpft und stand nun naß und erkältet vor mir. Auf dem Verbandsbureau hatte er um eine Unterstützung gebeten, und da war ihm der merkwürdige Zettel übergeben worden, ausgestellt von Engelbert Langen, Beamter des Bau- und Hilfsarbeiter-Verbandes. Was auf dem Zettel stand? Nun, ich will es der Deffentlichkeit überliefern. Es stand darauf geschrieben: „Königl. Polizei-Gefängnis. Klingelpütz Nr. 51.“ Mir fiel es wie Schuppen von den Augen. Der Mann trat zum Erbarmen. Einige antreibende Kameraden unterstützten den armen Teufel, hinreichend und sorgten für Nachtlager, sodaß er nicht unter die Fittiche der Polizei kam. Als der Wirt den Verbandsbeamten anderen Tages zur Rede stellte, erklärte dieser pathetisch: „Wenn man jedem Stromer, der da kommt, was geben wollte, so nimmt das kein Ende.“

Das ist die berühmte rote „Brüderlichkeit“ ja auf die Spitze getrieben. Selbst wenn man nicht „jedem Stromer“ was geben kann oder will, ist es aber doch eine Frivolität sondergleichen, einen armen Teufel wie zum Hohn an das Königl. Polizei-Gefängnis zu weisen. Wenn so was in der verrotteten bürgerlichen Gesellschaft oder gar in den christl. Verbänden passiert wäre, so was wäre das wieder Stoff zur Entrüstung. Alle vernünftigen Menschen aber werden sich freuen, daß wir trotz aller Prophezeiungen des Herrn Bebel noch immer recht weit vom Zukunftsstaat entfernt sind, denn nach einer „Brüderlichkeit“, wie dahin gezeichnet und a la Vorkriegskonflikt werden wohl wenige ein großes Verlangen haben.

### Die Religion der Sozialdemokraten

Ein sozialdemokratisches Blatt in Dortmund brachte folgende Einladung zum — „Kirchenbesuch“.

„Hat Christus überhaupt gelebt und brauchen wir einen Christus?“ Ueber dieses Thema spricht der bekannte freireligiöse Prediger Herr Georg Welter aus Wiesbaden in einer vom hiesigen Freidenker-Verein anberaumten öffentlichen Versammlung, die am Sonntag, den 7. Januar, nachmittags 1/24 Uhr, im Saale des Restaurants „Zum schwarzen Hahn“, (Wißstraße 47, stattfindet. Zu dieser Versammlung sind sowohl die Anhänger des religiösen Fortschritts, als auch deren Gegner eingeladen. Daß letztere Redefreiheit in dem vom Freidenker-Verein veranstalteten Versammlungen haben, zeigte sich noch bei dem jüngsten Vortrage Welters, der übrigens von einem zahlreichen Publikum außerordentlich beifällig aufgenommen wurde. Das niedrige Eintrittsgeld ermöglicht es jedem, die Versammlung zu besuchen.“

Man sieht zu dieser „freidenkerreligiösen“ Gemeinde fühlt sich die Sozialdemokratie hingezogen und weiß dafür auch Klammern zu machen.

### Aus dem freien Gewerkschaftslager.

Mürnberg. Ab und zu müssen wir uns auch einmal mit den Vorgängen in dem „freien“ Gewerkschaftslager befassen, umso mehr, da in letzter Zeit in den sozialdemokratischen „Gewerkschafts- und Tagespreisen“ man sich mit den „christlichen, „totgeborenen“ Gewerkschaften“ fleißig beschäftigt hat. Ein „Kampf“ um den Kunst nicht zu beneidenswerten Gewerkschaftsposten fand in Nürnberg seinen Austrag, dessen Ende sehr köstlich zu werden scheint. In Nürnberg wurden in jüngster Zeit zwei neue Ortsbeamten gewählt. Die Stellen wurden ausgeschrieben, eine Siebenerkommission eingesetzt, um die Bewerbungsschreiben zu prüfen. Von einer stattlichen Zahl der Bewerber wurden ganz selbstverständlich einige zum engeren Vorschlag gebracht, eventuell zur Wahl empfohlen. Auch wurden viele

Kandidaten bis zur letzten Stunde geheim gehalten. Ein Genosse und Vertrauensmann brach das Geheimnis, ließ in den Siemens-Schuckert-Werken abgeänderte Vorschlagszettel zirkulieren, wo insbesondere seine intimen Freunde empfohlen wurden.

So kam es auch, daß tatsächlich die Genossen Kößing und Umrat beide in den Siemens-Schuckert-Werken beschäftigt, als zukünftige Beamten gewählt wurden. Interessant von dieser eigentümlichen Wahl ist aber, daß ein Vertreter, welcher in der Reichshausfabrik beschäftigt, von der fraglichen Sieben-Kommission nicht zum engeren Vorschlag kam und trotzdem die meisten Stimmen nach den Genannten erhielt. Nach solchen Vorkommnissen setzte eine große Erregung in den Reihen der „metallenen Genossen“ ein, die keine wohlklingende Melodie erschallen ließ.

Am 4. Januar fand daraufhin eine große Protestversammlung statt, wo sich zwei Lager gegenüber standen. Die Nacht nahm einen tumultarischen Verlauf. Schreien, Toben, Strampeln, wechselten miteinander ab. Der Tumult wurde manchmal so stark, daß selbst die große Ruhglocke des Vorplatzes keine Ruhe erwirkte. Verstehen es doch die „Genossen“, mit der ihnen eigenen Intelligenz nicht nur in den christlichen Versammlungen Radau zu schlagen, sondern in vorzüglicher Weise den Kampf zu führen in den eigenen Gefilden. Selbst die Genossen brüllten sich in der unanständigsten Weise nieder. Urteile einiger Diskussionsredner seien hier wiedergegeben. Einer verglich die Versammlung mit einer „antijemitschen Radauversammlung“, obwohl er selbst gern ein „Kampfesahh“ ist. Wieder ein anderer meinte ironisch: „Da soll doch einmal einer sagen, daß wir keine Kampfesorganisation sind.“ Der nächste ließ den Schmerzensschrei von sich: „Man muß sich schämen, Mitglied des Metallarbeiterverbandes zu sein.“ Endlich fand nach langer Balgerei ein Antrag Annahme, per Affirmation über die Gültigkeit der Wahl abzustimmen. Hierzu wurden Zähler bestimmt. Bei der Abstimmung wurde wieder gemogelt, indem durch Platzwechsel viele zweimal abstimmten. Dieses Gebahren geißelte der Vorsitzende als Betrug und drohte mit dem Ausschluß; auch den Zählern schenkte man keinen Glauben.

Die Abstimmung ergab die Kassierung der Wahl. Dieses Resultat schlug dem Faß den Boden aus. Die Genossen der Siemens-Schuckertwerke verließen unter Führung ihrer „Hauptlinge“ obstruktiv, begleitet von Bravorufen der übrigen Anwesenden den Saal. Die Versammlung war gesprengt.

Hierauf gaben die zwei Beamten, Kästner und Müller, welche den Vorsitz führten, die erbitterte Erklärung ab, daß unter solchen Umständen mit nächstens eine Generalversammlung einberufen werden soll, ob alle Bewerber zur Wahl zugelassen werden sollen. Auch könne man dort gleich die ganze Verwaltung abfagen. Kästner appellierte an die Parteiführer: „Daß, wenn heute Gegner hier anwesend wären, dieselben ein trauriges Bild von unseren Versammlungen bekommen würden.“ (Ja, ja!)

Die sozialistische Tagespresse, welche immer so fort bei der Hand ist, über christliche „Radauversammlungen“ zu berichten, wo allerdings die Genossen den Radau provozieren und machen, schweigt sich gänzlich darüber aus. Diese Vertuschungspolitik liegt im Interesse der „sozialdemokratischen Brüderlichkeit.“ Uns kann ein solches rüdes Benehmen der Genossen in ihren eigenen Versammlungen nicht trüben, zumal selbst Beamte des „freien“ Metallarbeiterverbandes als „Erzieher des Volkes“ in den christlichen Versammlungen die größten Aheiten begehen und sich auf das „Drosseln“ verlegen, wie Genosse Müller dieses beispielsweise in Fürth betätigte. „Die Herren ernten von dem Samen, den sie selbst gesät haben.“

Für die christlichen Metallarbeiter soll diese Versammlung eine Lehre von der Bildung und Einigkeit im „roten Lager“ sein, und ein neuer Ansporn für die weitere Ausbreitung unseres Verbandes. — „Wo rohe Kräfte sinnlos walteten, da kann sich kein Gebild gestalten.“ — Also hinein in den christl. Metallarbeiterverband ihr christlichen Arbeiter.

### Mit Kanonen nach Spazieren

„Das „Korrespondenzblatt“, Organ der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands, Schießübungen zu halten.“

In unserem Artikel: „Streik und Lohnbewegungen vom Jahre 1904“ hatten wir neben den Zahlen des statistischen Amtes, ebenfalls einige von der Generalkommission der freien Gewerkschaften angeführt, um den Kollegen ein Bild von den Streiks

und Kosten der letzten 15 Jahren zu veranschaulichen. Daß bei letzteren Zahlen die Quelle nicht angegeben, beruht mehr auf Versehen als Absicht. Indem wir ja wiederholt schon in unserem Organ die Statistik der Generalkommission erwähnten; so ist diese unseren Lesern folglich nicht unbekannt. Ueber „Christliche Freibeuterei“ schimpft das Blatt und nachdem dasselbe noch den „kriminellen“ Charakter der Streikstatistik des statistischen Amtes hervorgehoben, weshalb die freien Gewerkschaften an der Mitarbeit sich geweigert, fährt dasselbe fort:

„So glaubt das Blatt (deutsche Metallarbeiter d. R.), gleichzeitig den Glauben zu erwecken, als partizipierten auch die sogenannten christl. Gewerkschaften an diesen von den Zentralverbänden aufgebrauchten Summen, während sie in Wirklichkeit durch den vielfach an ihnen verübten Streikbruch und sonstigen Arbeiterverrat einzig zur Erhöhung der von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern für ihre Kämpfe um Verbesserung ihrer Existenz-Verhältnisse getragenen Opfer beigetragen haben. Wir verstehen es, daß die christlichen Herren bei der Leistungsfähigkeit ihrer Organisationen das Bedürfnis fühlen, sich mit den Febern anderer zu schmücken.“

Aus diesem galligen Erguß ist ersichtlich, daß es dem Artikelschreiber vom Korrespondenz-Blatt viel weniger um die paar Zahlen ankommt, die wir angeführt, als die Gelegenheit wahrzunehmen, den verhassten christlichen Gewerkschaften eins auszuzutrinken. Das Geschrei vom Streikbruch und Arbeiterverrat, den angeblich die Christlichen betreiben sollen, fällt auf ihre Urheber zurück. Die christlichen Gewerkschaften haben im verflissenen Jahre allein eine Million Mark für Streiks verausgabt. Diese Tatsachen stoßt den Lasterzungen im freien Lager den Mund mehr als hundert Artikel zu tun vermögen.

Bezüglich des:

„gleichzeitig den Glauben zu erwecken, als partizipierten auch die christlichen Gewerkschaften an diesem von den Zentralverbänden aufgebrauchten Summen“ usw.

sei dem Artikelschreiber gesagt, daß schon in den Jahren 1888—1889 die christlichen Arbeiter zu den Streiks beigetragen. Allein durch die Hand des jetzigen Redakteurs und Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes Wieser wurden zu jener Zeit schon über 7000 Mark Unterstützung für streikende Arbeiter in Hamburg, Altona, Braunschweig, Berlin, Hannover und vielen anderen Orten im kleinen Kreise gesammelt und den Streikenden überreicht.

Diese Summe kann aber erst dann in ihrer ganzen Größe geschätzt werden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Jahre 1892 von allen Verbänden Deutschlands — laut Statistik der Generalkommission — im ganzen nur 29 271 Mark für Streiks aufgebracht werden konnten. Dem Korrespondenzblatt sei nochmals ausdrücklich ins Bewußtsein gebracht, daß jene 7000 Mark nur von christlichen Arbeitern gesammelt und fast nur für sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter verwendet wurden. Ob sich der Artikelschreiber im Korrespondenzblatt auch rühmen kann, in solcher Weise wahre „Solidarität und Brüderlichkeit“ geübt zu haben, wie der vom christlichen Metallarbeiter-Verband, bezweifeln wir.

Es ist noch nicht allzulange her, als dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes in einer öffentlichen Versammlung zu Hildesheim von einem sozialdemokratischen Redner aus Braunschweig die Anerkennung ausgesprochen wurde, daß in jenen schweren Kämpfen 1888—89—1890 Wieser aus Duisburg sie am besten unterstützt habe, unter allen Städten Deutschlands. Dieses mag auch dem Korrespondenzblatt und der Generalkommission vorläufig genügen.

Mögen sich auch die Herren von der freien Richtung bemühen, so brüderlich zu handeln, nicht bloß in Worten, sondern in Taten, wie es die Christlichen schon getan haben. — Hoffentlich finden auch diese Zeilen seitens des Korrespondenzblattes die gleiche „Würdigung“, wie die paar — ohne Quellenangabe — angeführten Zahlen der Generalkommission, auf welche die Redaktion und Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes auf Grund obiger aufgebrauchter Summen, noch ein gewisses Anrecht haben.

### Vom Schwarzwalde.

Laut „Schwarzwälder Bote“ haben die Uhrenfabrikanten des Schwarzwaldes beschlossen, die Warenpreise, also die Uhrenpreise, zu erhöhen. Neben

den gestiegenen Rohmaterialienpreise mag wohl der Umstand mitgesprochen haben, daß die immer mehr sich ausdehnenden Gewerkschaften darunter nicht zuletzt unser Verband, gegen Schnabulige Front gemacht hatten. Zu den bisherigen Warenpreisen wären Aufzubreduzierungen sicher gekommen. Es war dann nur die Frage, läßt sich die Arbeitererschaft fernert hin dies gefallen, angesichts der verteuerten Lebensverhältnisse wie sie auch auf dem Schwarzwalde sich vollzogen haben.

Auf Grund dieser Tatsachen wäre es dringend notwendig, daß die Fabrikanten auch dem Arbeiter einen Teil zukommen lassen müßten, von dem, was die höheren Preise einbringen. Fehlt es am guten Willen, wo es sich um das Wohl tausender von Arbeiterfamilien handelt, so heißt es für die Schwarzwälder Arbeitererschaft, kämpfen, solange kämpfen, bis die soziale und wirtschaftliche Lage sich gehoben durch unermüdlige zähe Gewerkschaftsarbeit, bis der letzte zu uns zählende Kollege oder Kollegin sich unseren Reihen angeschlossen.

Ferner müssen wir noch zwei unerfreuliche Momente anführen. Der eine betrifft unsere Kollegen, der andere die Billinger Genossen.

Oftmals kommt es vor, daß Arbeiterinnen oder Arbeiter durch untergeordnete Organe des Betriebes mit Abzügen bedacht werden, gewöhnlich in Form von Reparaturzetteln. Anstatt, daß die betreffenden Kollegen oder Kolleginnen nach dem Grund des Abzuges fragen, wird eine Faust in der Tasche gemacht, nach einigen Wochen hört man gelegentlich in einer Wirtschaft raunieren und schimpfen über den Betrieb und Verband, daß derselbe keinen Wert habe und was die Lebensarten alle sind. Anstatt, daß die Betroffenen an die richtige „Schmiede“ gehen, gehen sie lieber zum Schwindler.

In den zwei Billinger Großbetrieben wurde unserm Verbandsvertreter damals auf das bestimmteste erklärt und versprochen, daß jedem Arbeiter Gelegenheit gegeben werde, sich zu überzeugen, ob der Abzug zu Recht erfolgt sei oder nicht. Daran müssen sich die Arbeiter halten, vor allem aber unsere Kollegen und nicht die Faust in der Tasche machen. Rührt dann die Beschwerde beim Direktor oder Fabrikanten nichts, so soll der Kollege unverzüglich sich an die Ortsverwaltung unseres Verbandes oder Bezirksleiters wenden, damit von dort aus weitere Schritte unternommen werden können, was auch jeweils geschieht und zwar sogleich. Wir rechnen damit, daß die Kollegen und Kolleginnen diese Winke beherzigen, nur dann können ihre Rechte geltend gemacht werden; nicht aber in der Aufregung hinter dem Bierglas; auch nicht dadurch, daß ihr die Vereinsversammlung unregelmäßig besucht. In die Versammlungen, Kollegen, gehört ihr, weil das der richtige Ort ist, wo ihr geschult und mit dem vertraut werdet, was ihr als eure Rechte zu beanspruchen habt.

Dann zu den Billinger Genossen, denen kein Mittel zu schlecht ist, um gegen die christl. Organisation verhandelt zu werden. In einer Wirtschaft legten sie eine Liste auf, in der 20 Namen von Kollegen verzeichnet waren, welche angeblich von uns zu den Genossen übergetreten seien. Natürlich nur aufgelegter Schwindel, da in letzter Zeit die Aufnahmen, die bei unsern Verbänden vollzogen werden, sich täglich mehren. Das andere Mittel ist, daß die Genossen irgend einen Kollegen, der noch nicht ganz sattelfest ist, nach Feierabend mit in ein Lokal ziehen, dort denselben einige Glas Bier mitbezahlen, um ihn dann alle möglichen Schauer-mährchen von der Schlechtigkeit der Christlichen plausibel zu machen und ihn dann auf diese Art herumzuführen und dem freien Verbands zuzuführen.

Bis jetzt sind die Genossen trotz aller angewandten Schliche abgebittigt, weil auch der letzte Kollege sehen muß, daß es mit einer Gewerkschaft nicht sonderlich gut bestellt sein kann, die bei der Agitation solche unehrliche Mittel in Anwendung bringt. Unter anderem kolportieren die Genossen, „wir hätten erst Summe 100 Mark für ihren Vortrag gegeben!“ (Reiche Leute diese Christlichen).

Im übrigen mögen die Genossen auch im Volksfreund weiter hegen und loben, solches wird der Entwicklung des christlichen Metallarbeiterverbandes keinen Abbruch tun, sondern umso mehr und fester werden sich die christlichen Arbeiter zusammenschließen. Auch mögen die Herren Genossen einmal Umschau halten bei ihren Gesinnungsgenossen, da gibt es noch zehntausende, welche über alles schimpfen und wettern, aber um in eine Gewerkschaft zu gehen, fehlt ihnen die Opferfreudigkeit, sind ihnen die Beiträge zu schade. Diese Leute wollen mit einem papiernen Wäch den sie alle 5 Jahre in die Wahlurne werfen, die Arbeiterklasse verbessern. Diese Toren

Mögen die Oberen wissen einmal bei diesen nach dem richtigen sehen, anstatt sich fortwährend an den Christlichen zu reiben und zu lästern.

Unsere Kollegen werden das alte Sprichwort scherzigen: Die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen.

Kollegen vom Schwarzwald! vorwärts in der Agitation.

## Streiks und Lohnbewegungen.

**Cupen.** Bei der Firma Johann Wintgens ist Streik ausgebrochen.

**Attendorf.** Walzwerk-Differenzen ausgebrochen.

**Dsnabrick.** W. Detmann Streik ausgebrochen.

**Steele.** R. W. Dinnendahl u. G. Streik ausgebrochen.

Buzug fernhalten.

## Kollegen,

bezahlt pünktlich die Beiträge, damit eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.

Um eine geregelte und pünktliche Beitragszahlung zu erzielen und den Kollegen die Beitragszahlung möglichst zu erleichtern, werden wir von jetzt ab an die jeweils fällige Beitragswoche im Organ erinnern. Das Beitragszahlen fällt nur halb so schwer, wenn es regelmäßig jede Woche geschieht. Ortsvorstände wie Vertrauensleute mögen mehr Sorgfalt darauf verwenden wie leithier und die Kollegen mögen denselben das Einkassieren der Beiträge nicht erschweren.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 21. Januar die vierte Beitragswoche für den Monat Januar 1906 fällig.

Mitglieder, welche länger als 8 Wochen im Rückstande sind, verlieren ihre Unterstützungsansprüche.

## Versammlungs-Berichte.

Mühlhausen i. Th. Am 6. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung mit Vorstandswahl ab. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Mandach, zum zweiten Kollege Höpkenstein, zum Kassierer Kollege Schödel und zum Schriftführer Kollege Luhn gewählt. In der letzten Zeit hatte sich in unserer Ortsgruppe eine gewisse Laune bemerkbar gemacht. Das wird nun wohl in Zukunft anders. Kollegen, bedenkt, welche Verantwortung wir übernommen. Wir wollen uns nicht die Freude an unserer guten Sache durch Nebenächlichkeiten trüben lassen. Darum im neuen Jahre jeder auf seinem Platze, kräftig mitgearbeitet, damit wir am Schlusse desselben auf einen schönen, stattlichen, materiellen wie geistigen Erfolg zurückblicken können. Niemand sage, laß die anderen arbeiten, oder erst die anderen, wenn jeder bei sich selbst anfängt, so gibt es keine anderen. Wollen wir uns von anderen libertreffen lassen, nein, mutig zugefaßt, dem Mutigen gehört die Welt.

Speyer. Am Sonntag den 7. ds. Mts. hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab. Kassierer Kollege Jailer erstattete den Kas- senbericht. Derselbe wurde für richtig erkannt und demselben Decharge erteilt. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Joh. Jailer als Vorsitzender, Theob. Brömmel als Schriftführer, Georg Peter als Kassierer, Felix Meier und Friedr. Manger als Beisitzer. Als Delegierte zum hiesigen christlichen Gewerkschaftskartell wurden die Kollegen Manger und Meier ernannt. Hierauf erläuterte der Vorsitzende Kollege Meier den vom Zentralvorstande zum Vorschlage gebrachten Ausbau des Unterstützungswezens und des 50 Pfennig-Beitrags in eingehender Weise. Zum Schluß ermahnte derselbe die Kollegen, fest und treu zum Verbands zu stehen und bestrebt sein, dem Verbands immer mehr neue Mitglieder zuzuführen. Nun Kollegen von Speyer und Umgebung, zeigt euch in diesem Jahre als Männer, die sich ihrer Lage bewußt sind, arbeitet mit an dem großen Werk, das unsere christlichen Gewerkschaften begonnen haben, unsere Parole muß sein: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Breslau. Am 6. Januar hielt unsere Ortsgruppe die statutenmäßige Generalversammlung. Aus dem erstatteten Jahresbericht sei folgendes bemerkt: Die Zahlstelle wurde am 11. Dezember 1904 auf Anregung des Arbeitersekretärs Pfl. Langer-Breslau gegründet. Ihre Mitgliederzahl stieg bald auf 28 und erst in letzter Zeit ist dieselbe durch den Fanatismus von seiten eines hiesigen christlichen Vereins und durch Ausschluß eines Mitgliedes etwas herabgesunken, wird aber hoffentlich bald wieder die alte Zahl überschritten haben. Es wurden regelmäßig jeden 2. und 4. Sonnabend Mitglieder-versammlungen abgehalten. In diesen Versammlungen wurden meistens Vorträge über sozialpolitische und wirtschaftliche Fragen gehalten und zwar von Herrn Rebafter Ebdlen, von dem Arbeitersekretären Langer und Binarski-Reize, des ferneren von den Kollegen Schmitt (jetzt in Bielefeld i. W.), Schirbe-iran, Fischer, Bergmann und Krüger. Mit Gründung des christlichen Gewerkschaftskartells ist die Zahlstelle demselben angeschlossen, desgleichen dem Ausschuss für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Vorsitzender Ewald Fischer, Scheitnigerstr. 42; Kassierer Robert Krüger, Sadowastr. 65; Schriftführer Franz Lindner, Scheitnigerstr. 8. Die Vertrauensmänner wurden ebenfalls wiedergewählt. Alle Monate wird eine Vorstandssitzung abgehalten.

Der erstattete Kas- senbericht wies eine Einnahme von 284,16 Mk. und eine Ausgabe von 263,67 Mk. auf, so daß ein Kas- senbestand von 20,49 Mk. vorhanden ist.

Unter Punkt Verschiedenes wurde zunächst der Ausschluß des Mitgliedes Heinelt beschlossen, da dasselbe alle gefassten Beschlüsse sowie das Verbandsorgan der hiesigen sozial. Organisation und der Volkswacht übermittelte und dies aus dem einfachen Grunde, weil ihm keine Arbeitslosen-Unterstützung gewährt wurde, obwohl er wußte, daß er noch nicht unterstützungsberechtigt war. Die Zahlstelle nimmt auch an dem diesjährigen sozialen Kursus teil, welchen der Ausschuss für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten vom 17. Januar bis 7. März abhält.

Infolge des Artikels in der letzten Nummer des Verbandsorgans: „Kollegen, leset euer Organ, beachtet die Versammlungen“, wurde der Beschluß gefaßt, daß von nun an in jeder Versammlung ein Kollege über den Inhalt der letzten Nummer des Organs ein kurzes Referat halten wird, um so die Mitglieder zu veranlassen, das Verbandsorgan nicht nur zu lesen, sondern auch zu studieren. (Recht so, D. Red.) An dieses Referat wird sich jedesmal eine Diskussion anschließen.

Nachdem die Bezirke für die Vertrauensmänner neu eingeteilt worden, wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden mit Worten des Dankes für das Vertrauen und die Hilfe der Mitglieder im ver- fassenen Jahre und mit Worten der Ermunterung und Bitte, auch im neuen Jahre und immerdar trotz aller Anfeindung und allem Fanatismus von anderer Seite, noch mehr als bisher fest und treu zur Organisation zu stehen und am äußeren und inneren Ausbau zu arbeiten, geschlossen. — Nächste Versammlung den 27. ds. Mts., bei Schnabel.

Sahn. Wegen Beleidigung und Sachbeschädigung hatte sich am 9. Januar der Genosse Johann Krämer, der Vorsitzende des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes, vor dem Gericht in Mettmann zu verantworten. Er wurde zu 10 Mk. Geldstrafe event. 2 Tage Haft nebst den Kosten verurteilt. Der Sachverhalt ist folgender:

Vor einiger Zeit tagte in Sahn im Lokal Bugmüller eine vom sozial. Metallarbeiter-Verband einberufene Versammlung. Die ungefähre 60 Köpfe he- tragende Teilnehmerzahl bestand beinahe zur Hälfte aus christlichen Metallarbeiter-Verbandsmitglieder. Nach dem ersten Referat des Genossen Möbel, wo derselbe sich laut Ankündigung, mit dem christlichen Metallarbeiter-Verband befaßte, meldete sich der anwesende Kollege Woidich aus Düsseldorf zum Wort. Trotz angelegter „freier Diskussion“ erhielt derselbe aber deshalb nicht das Wort, weil er es ablehnte, in händischer Unterwürfigkeit sich dem Willen der Genossen zu unterziehen.

Als Bericht sich anschloß, zur Diskussion zu sprechen, gellten Pfeife, die, wie man uns mitteilte, von Möbel dem „Koblen“ herühren sollten, jenem Manne, der als Beamter des sozial. Metallarbeiter-verbandes die Arbeiter Welsberts in den Sumpf geführt hat. Der Ton der Pfeife war genau so, als

wenn man einen Hund ruft und forderte man Woidich an den Vorstandstisch. Mit Recht rief dieser, da nicht bloß aller Freiheit, sondern auch aller menschlichen Anstandsgefühl und Würde höhnsprechende An- gesinnen der Genossen zurück. Er forderte, ob solche Gebahren, die antwesenden christlichen Arbeiter mit ihm das Lokal zu verlassen, welches prompt be- folgt wurde. Nun geschah das unerhörte. Der Aus- gang wurde völlig zugesperrt, um zu verhindern, daß die Christlichen den Saal verlassen. Genosse Kräme (der Verurteilte), der den Anschein erweckt, als hab er das Prinzip der Freiheit, Gleichheit und Brü- derlichkeit bis auf den Grund erfaßt, schüttete zu- christlichen Arbeitern ein Glas Bier ins Gesicht. Selbst dem überwachenden Beamten war dieses zu stark, weshalb derselbe einschritt, den Täter zu- tollierte und Strafantrag gegen Krämer stellte, welcher mit der Verurteilung desselben, wie oben gezeigt, endete.

Man weiß eigentlich nicht, über was man meh- staunen soll, über die freche Beleidigung, verliert a einem christlichen Arbeiter, oder über die rohe Ge- sinnung dieses Genossen Krämer und sozialdemokra- tischen Arbeiterführers? Dieses Vorkommnis mag aber den christlichen Arbeitern wiederum zeigen, daß dieses brutale, tyrannische Gebahren der Genossen nicht eher gebrochen wird, bis der letzte christlich- Arbeiter seinen Platz in der christlichen Organisations gefunden hat.

## Briefkasten der Redaktion.

Der diesmaligen Sendung des Organs liegen Agitations-Flugblätter bei, die sich besonders zur Hausagitation eignen. Bestellungen wollen die Ko- legen bei Bedarf an die Geschäftsstelle des Ver- bandes, Seitenstraße Nr. 19, Duisburg, richten.

Es ist dringend notwendig, daß jetzt mit aller Eifer in die Agitation eingetreten wird.

## Ausschluß aus dem Verband.

Wegen unkollegialem Verhalten wurde aus dem Verbands ausgeschlossen: Friedrich Spösel, aus Nürnberg.

Ferner wurde ausgeschlossen Franz Heinelt, B.-Nr. 29 881, aus Breslau.

## Versammlungs-Kalender.

**Böckel.** Sonntag, den 28. Januar, vormittags 11 $\frac{1}{2}$  Uhr. Außerordentliche Generalversammlung mit Vorstandswahl bei F. Smpina.

**Cöln-Wahenthal.** Mittwoch, den 24. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr: Versammlung bei Jäger, Mittelburgerstraße 270.

**Dinklage.** Sonnabend, den 20. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr bei H. Wittrich Versammlung.

**Essen.** Für die Mitglieder des Kleingewerbes findet Son- tag, den 21. Januar, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$  Uhr im kleinen Saale d. Alfredushauses eine Versammlung statt, zu der die Kollegen d. Kleingewerbes dringend eingeladen sind.

**Essen.** Montag, den 22. Januar, abends 6 $\frac{1}{2}$  Uhr gleich nach beendeter Schicht allgemeine Mitgliederversammlung mit Vortrag. Unorganisierte mitbringen. Volkshaus erscheinen.

**Frankfurt a. M.** Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 2 Uhr, Generalversammlung.

**Finnentrop.** Sonntag, den 21. Januar, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$  Uhr bei Baumhoff Generalversammlung.

**Gelsenkirchen.** Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 8 $\frac{1}{2}$  Uhr bei Hilbert, Mollkeplaz 1.

**Gelsenkirchen-Schalk.** Samstag, den 20. Januar, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Wegener.

**Heilbronn a. N.** Sonntag, den 21. Januar, vormittags 11 Uhr Generalversammlung im Gasthaus „zum gold. Anter“ Deutichhofstraße, im Nebenimmer.

**Köln-Indenthal.** Samstag, den 20. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr: Versammlung bei Sebbeler.

**Kattowitz.** Sonntag, den 21. Januar, nachmittags 8 $\frac{1}{2}$  Uhr im Gesellschaftshaus, Grundmannstraße, Generalversammlung.

**Mülheim-Rhein.** Sonntag, den 21. Januar, morgens 10 $\frac{1}{2}$  Uhr: Generalversammlung bei Reibholz.

**Recklinghausen.** Samstag, den 27. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Münsterstraße 4, Generalversammlung.

**Stertrade.** Sonntag, den 21. Jan., nachmittags 5 Uhr.

Unsern lieben Kollegen und Gewerkschaftssekretär **Leonh. Wernerus** nebst **Brant** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Ortsgruppe Aachen

Unsern werten Kollegen

**P. Gagner** nebst seiner werten **Brant** zu seiner Vermählung die herzl. Glück- u. Segenswünsche. Zahlstelle Nürnberg